

# Die Wahlen in Bolivien: Niederlage des Putsches von 2019

*Liga Socialista, Brasilien, Neue Internationale 251, November 2020*

Ein Jahr, nachdem sie den bolivianischen Präsidenten Evo Morales gestürzt hatten, haben die rechten und rechtsextremen Parteien, die den Putsch mit Unterstützung und Ermutigung des Weißen Hauses und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) organisiert und angeführt hatten, eine verheerende Wahlniederlage erlitten. Ihre usurpierende Präsidentin, Jeanine Áñez, die Mitte September als Kandidatin zurücktrat, musste nachgeben. Sie muss sich nun wegen der Tötung von 30 Menschen während des Putsches im vergangenen Jahr, insbesondere der Massaker in Senkata, Sacaba und Yapacaní, verantworten.

## Wahlergebnis

Nach Wahlschluss am Donnerstag, dem 22. Oktober, wurden Luis Arce und David Choquehuanca Céspedes von der Movimiento al Socialismo (MAS; Bewegung zum Sozialismus) im ersten Wahlgang mit 55,1 Prozent der Stimmen für gewählt erklärt. Carlos Mesa von der konservativen Comunidad Ciudadana (Bürgergemeinschaft) lag mit 28,83 Prozent auf dem zweiten und Luis Fernando Camacho, Kandidat der ultrarechten Creemos (Wir glauben) mit 14 Prozent auf dem dritten Platz. (TSE - <https://computo.oep.org.bo/>)

Die MAS hat nun den Vorsitz und eine klare Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Dieser Sieg der Linken wird von den Volkskräften in ganz Lateinamerika begrüßt werden, wo die Rechte in den letzten Jahren in der Offensive war.

Die Spaltungen zwischen der rechtskonservativen Comunidad Ciudadana und der rechtsextremen Creemos trugen zum Ausmaß der Niederlage bei. Letzteres ist ein klerikales, rechtsextremes Bündnis mit Sitz im südlichen Departamento Santa Cruz, das von der Unión Juvenil Cruceñista (UJC; Jugendunion von Santa Cruz) unterstützt wird, einer faschistischen Bewegung, die in Terroranschläge auf VolksaktivistInnen verwickelt ist.

Weitere wichtige Faktoren waren der chaotische Umgang von Añez und ihrer Regierung mit der Coronavirus-Pandemie und der Wirtschaftskrise, ihre Sparpolitik, die Privatisierung von Gesundheit, Bildung und natürlichen Ressourcen sowie ihre Angriffe auf die Rechte der indigenen Mehrheitsbevölkerung Boliviens. Nicht zuletzt war es der seit einem Jahr anhaltende Volkswiderstand, der erneut zum Sieg der linkspopulistischen MAS führte.

## **Für alle?**

Bei folgender Erklärung des designierten MAS-Präsidenten Luis Arce sollten die Alarmglocken läuten: „Wir werden für alle BolivianerInnen regieren und eine Regierung der nationalen Einheit errichten.“ Dies ist die typische reformistische Sehnsucht nach Klassenzusammenarbeit, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Rechte positiv darauf reagiert. Auf internationaler Ebene fühlten sich jedoch alle Kräfte, die den Staatsstreich unterstützten, einschließlich der OAS, des Weißen Hauses und der Europäischen Union, verpflichtet, Arce zu gratulieren. Sogar Trump antwortete mit den Worten: „Wir hoffen, in unserem gemeinsamen Interesse arbeiten zu können.“

Laut G1-Globo versuchte der Generalsekretär der OAS, Luis Almagro, sich mit dem Argument zu rechtfertigen, dass es keine Ähnlichkeiten zwischen diesen und den 2019 annullierten Wahlen gebe. „Es gibt keine Parallele, es ist nicht sehr klug, diese Parallele zu ziehen.“  
(<https://g1.globo.com/mundo/noticia/2020/10/23/bolsonaro-e-o-unico-lider-de-um-p>

ais-vizinho-da-bolivia-que-nao-cumprimentou-luis-arce-pela-vitoria.ghtml)

Noch weniger schlau ist es, das Offensichtliche zu leugnen, nämlich dass der Putsch auf einem zynischen Betrug beruhte und zu Dutzenden von Toten sowie zur Festnahme und Inhaftierung von AktivistInnen der Volksbewegungen führte.

Niemand sollte jedoch vergessen, dass die Figuren, die den Putsch im Oktober 2019 durchgeführt haben, nach wie vor die Armee, die Polizei, die Justiz und die Geheimdienste kontrollieren und ihre Verbindungen zum US-Militär und zum Weißen Haus intakt und wirksam sind.

Darüber hinaus ist die MAS als Verteidigung gegen die Kräfte des internationalen Kapitals und des Imperialismus nicht zuverlässiger als vor 2019. Letztere scheinen gar zu hoffen, dass die Regierung angesichts der Pandemie und der Wirtschaftskrise die sie unterstützenden Massen rasch enttäuscht und den Weg für eine weitere Machtübernahme durch die Rechte öffnet.

Die sozialen Kräfte, die ArbeiterInnen, armen Bauern und Bäuerinnen und indigenen Gemeinschaften, die den „Wasserkrieg“ von 2000 und den „Gaskrieg“ von 2003 geführt und mobilisiert haben, um den Staatsstreich vom vergangenen Oktober zu stoppen, werden erneut mobilisieren müssen, wenn die Kräfte der Reaktion entwaffnet und die Kompromisskräfte, die MAS-FührerInnen, daran gehindert werden sollen, die reichhaltigen natürlichen Ressourcen des Landes, wie die riesigen Lithiumvorkommen, an die multinationalen Konzerne zu verkaufen, die das Land geplündert haben.

## **Der Putsch von 2019**

Am 20. Oktober 2019 wurde bekannt gegeben, dass Evo Morales (MAS) für eine vierte Amtszeit als Präsident von Bolivien wiedergewählt wurde. Mit 47 Prozent

der Stimmen und einem Vorsprung von mehr als 10 Prozent gegenüber dem zweitplatzierten Kandidaten Carlos Mesa, der 36,51 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, wurde Morales als direkt gewählt erklärt, da es nach dem bolivianischen Wahlgesetz keinen zweiten Wahlgang geben muss, wenn ein/e KandidatIn mehr als 40 Prozent der Stimmen erhält und einen Vorsprung von 10 Prozentpunkten oder mehr gegenüber dem/r nächsthöheren KandidatIn einnimmt.

Verwirrung entstand auf Grund der Methode der Stimmenauszählung in Bolivien, die eine schnelle vorläufige Auszählung (TREP) auf der Grundlage von Auszählungslisten der einzelnen Departamentos vorsieht, auf die dann die offizielle Auszählung jeder Stimme (cómputo) folgt. Nur letztere gilt als entscheidend. Obwohl auf Diskrepanzen hingewiesen und die vorläufige Auszählung gestoppt worden war, wurde Morales schließlich mit einem Vorsprung von 10 Prozent zum Sieger erklärt, wodurch die Notwendigkeit einer zweiten Runde vermieden werden konnte.

Sobald die rechte Opposition erkannte, dass ihre Niederlage unvermeidlich war, begann sie, den Vorwurf des Wahlbetrugs zu erheben. Aus Protest mobilisierte sie tumultartige Demonstrationen und riefen ihre AnhängerInnen auf, auf der Straße zu bleiben, bis ein zweiter Wahlgang zugestanden würde. Bald füllten riesige Gegendemonstrationen von MAS-AnhängerInnen die Straßen von La Paz und ein unbefristeter Generalstreik wurde ausgerufen. Angesichts der umstrittenen Auszählung und der kollidierenden Mobilisierungen gab die MAS-Regierung dem Druck nach und forderte eine externe Überprüfung der Wahl.

Die OAS erklärte am 23. Oktober, dass die beste Option die Durchführung der zweiten Runde sei. Auch die Europäische Union rief zu einer zweiten Runde auf. Am selben Tag erklärte Carlos Mesa, dass er die vom Obersten Wahlgericht (TSE) bekannt gegebenen Ergebnisse nicht anerkenne und kündigte die Bildung einer „Koordination zur Verteidigung der Demokratie“ an, um auf die Durchführung des zweiten Wahlgangs zu drängen.

# Zuspitzung

Auf Grundlage der von der TSE veröffentlichten Ergebnisse versuchte Morales, die immer radikaler werdenden Bewegungen der Straße zu überstehen. Doch die Polizei, aber auch Teile der Streitkräfte sowie rassistische und rechte, fundamentalistische Kräfte schlossen sich den PutschistInnen an. Ihre Straßenaktionen wurden immer gewalttätiger, wobei auch PolitikerInnen und ihre Angehörigen, die mit Evo in Verbindung standen, entführt wurden. Dutzende von Menschen wurden in diesen Tagen getötet und verwundet.

Wir kommen nicht umhin, auch auf die skandalöse Tatsache hinzuweisen, dass der Central Obrera Boliviana (COB; Dachverband der bolivianischen Gewerkschaften) den Putsch zunächst unterstützte. Am 10. November „trat“ Morales angesichts der Konfrontationen auf den Straßen und einer Meuterei von Polizei und Streitkräften von der Präsidentschaft zurück und floh mit seinem Vizepräsidenten Álvaro García Linera außer Landes. Morales prangerte den Putsch aus seinem politischen Asyl in Mexiko, Kuba und schließlich Argentinien an.

Am 12. November erklärte sich Jeanine Añez auf einer Sitzung des Kongresses, der verfassungsgemäß nicht beschlussfähig war, zur Interimspräsidentin und versprach, den Frieden im Land wiederherzustellen und so bald wie möglich Neuwahlen auszurufen. Der Staatsstreich war vollendet.

Linera, ein ehemaliger Führer der Guerillabewegung Túpaq Katari in den 1990er Jahren, war auch Theoretiker der Regierung Morales und Autor von „Soziologie sozialer Bewegungen in Bolivien“ (2005). In verschiedenen Artikeln hat er Gramscis „Stellungskrieg“, d. h. institutionelle Reformen, im Gegensatz zu einem „Manöverkrieg“, d. h. einer Revolution, benutzt, um zu argumentieren, dass der Aufbau eines „Andenkapitalismus“ eine notwendige Vorstufe sei, die Jahrzehnte dauern könne, bevor der Sozialismus eingeführt werden könne.

Wichtig waren die Kultur-, Bildungs- und Wohlfahrtsreformen der MAS, die Erklärung Boliviens als plurinationale Republik, die Gleichstellung der Wiphala mit der bolivianischen Trikolore, die Anerkennung der Aymara, Quechua und anderer indigener Sprachen und Kulturen des Landes. Das Versäumnis, das Land der Gemeinden vor Öl- und Gasunternehmen und Agrobusiness zu schützen, zerbrach jedoch das Bündnis, durch das die MAS an die Macht gekommen war. Gleichzeitig führte die Integration der indigenen Organisationen in die Regierungsinstitutionen zu ihrer Bürokratisierung und zur Entwicklung einer Elite, die Evo im entscheidenden Moment verließ.

## **Widerstand der Basis**

Schließlich beschränkten sich die bolivianische Elite und ihre US-BeraterInnen nicht auf einen „Stellungskrieg“, sondern „manövrierten“ Morales und Linera erfolgreich ins Exil. Diese wiederum überließen ihre AnhängerInnen der zärtlichen Gnade der Generäle, PolizeichefInnen und FaschistInnen.

Während die einfachen Mitglieder der MAS und die Volksversammlungen in vielen Städten, insbesondere in El Alto, heldenhaft Widerstand leisteten und schwere Verluste erlitten, ließen die Flucht der MAS-Führer und der Rückzug der MAS-ParlamentarierInnen die Bewegung ohne zentrale Führung zurück. Dies war wirklich eine Schande. Von ihren heutigen NachfolgerInnen in einer künftigen Krise etwas Besseres zu erwarten, wäre der Gipfel der Torheit. Während der Wahl distanzierte sich Luis Arce wiederholt von Morales nach rechts und verfolgte als Wirtschaftsminister in dessen Regierung eine offen prokapitalistische Politik. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass er seine Haltung geändert hat.

Der Widerstand hörte jedoch nicht auf, trotz der Repression durch rechtsextreme Banden, der Coronavirus-Pandemie und der wirtschaftlichen Verwerfungen des Landes. Im August, als der Oberste Gerichtshof die am 8. September fälligen Wahlen verzögerte, zeigte eine Welle von Streiks, Straßenblockaden und Demonstrationen der herrschenden Klasse, dass die ArbeiterInnen und die

indigenen Massen die wiederholten Verschiebungen nicht tolerieren würden. Dieser Druck sowie die internen Konflikte der Regierung machten Wahlen im Oktober unvermeidlich. Es war also der Klassenkampf, der die Wiederherstellung der formalen Demokratie sicherte. Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es mehr demokratisch organisierter Massenmobilisierungen, für die Bolivien zu Recht berühmt ist.

## **Wohin treibt Bolivien?**

Dieser Sieg stellt weit mehr als einen Wahlsieg für die PolitikerInnen der MAS dar. Vielmehr ist er das Ergebnis des Widerstands der ArbeiterInnenklasse und der indigenen Bevölkerung, der die fortschrittlichen Kräfte in ganz Lateinamerika ermutigen und stärken kann. Aber wir müssen uns immer daran erinnern, dass dies erst der Anfang dieser Bewegung ist und wir Sorge tragen müssen, damit sie nicht in einer Klassenversöhnung endet.

Nachdem der US-Imperialismus seine Vorherrschaft in Lateinamerika nach etwa einem Jahrzehnt des „Bolivarismus“ und „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ durch die Staatsstriche in Paraguay, Ecuador, Brasilien und Bolivien wieder behauptet hat, wird der Sieg der MAS einen Widerstandskampf in diesen anderen Ländern fördern. Die bolivianischen Werktätigen zeigten, wie man gewinnen kann: durch Generalstreiks und andere Massenaktionen. Der Weg nach vorn führt über die Organisation und Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, um revolutionäre Stürme auf dem gesamten amerikanischen Kontinent zu entfesseln.

Es ist jedoch klar, dass die Realität des Kapitalismus in der unterdrückten und ausgebeuteten halbkolonialen Welt nicht durch bürgerliche Wahlen geändert werden kann. Wir müssen eine andere Strategie für die ArbeiterInnenklasse finden, die über Reformismus und Wahlkampf populistischer Parteien wie der MAS hinausgeht. Während sie sich auf die ArbeiterInnen und die verarmten indigenen Gemeinschaften der Landlosen und Bauern/Bäuerinnen (Campesinos) verlassen, um Wahlen zu gewinnen, fallen sie, sobald sie an der Macht sind, in

den Orbit des Imperialismus und versuchen, als lokale AgentInnen für den nordamerikanischen, europäischen oder, in jüngster Zeit, chinesischen Imperialismus zu agieren.

Es stimmt, Morales und Linera haben den streitenden externen Mächten Zugeständnisse abgerungen und waren in der Lage, bedeutende, wenn auch vorübergehende Reformen durchzuführen. Wie jedoch der Putsch von 2019 gezeigt hat, wird dieses Taktieren um einen größeren Anteil an den Gewinnen aus Lithium, Kohlenwasserstoffen usw. Putsche und Wirtschaftsblockaden, wie sie Venezuela und Kuba auferlegt wurden, nicht verhindern. Die Verbindung zwischen den arroganten MilliardärInnen, die versuchen, sich Boliviens wertvollsten Bodenschatz Lithium anzueignen, wurde deutlich, als Elon Musk, Milliardär und Eigentümer des Elektroautoherstellers Tesla, per Twitter auf Spekulationen über die Beteiligung der USA an dem Staatsstreich reagierte: „Wir werden putschen, wo wir wollen! Findet euch damit ab!“

## **Solidarität und Programm**

Die ArbeiterInnenbewegung weltweit muss solche Eingriffe von außen anprangern und mit der Forderung kontern, dass die Souveränität Boliviens respektiert werden muss. In Bolivien müssen die politischen FührerInnen des Staatsstreichs von 2019 sowie die KommandeurInnen von Polizei und Streitkräften, die Menschen verhaftet, gefoltert und getötet haben, bestraft werden. Dies ist keine Rache, es ist Gerechtigkeit!

Auch hier wird die Intervention der Massen erforderlich sein, nicht bloße Dekrete von MinisterInnen oder Gesetze, die von Abgeordneten verabschiedet werden. Es wird Disziplinbrüche mit den „Gorillas“, die die einfachen SoldatInnen kommandieren, erfordern, mit demokratischen Rechten für letztere und bewaffneten Milizen für die Volksmassen. Kurz gesagt, das Land für Demokratie und für sozialistische Maßnahmen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen bereit zu machen, bedeutet, den Repressionsapparat, den Staat der



GrundbesitzerInnen und der kapitalistischen Elite zu zerschlagen.

Bolivien muss auch das Recht haben, alle internationalen, für seine Bevölkerung schädlichen Vereinbarungen zu überprüfen, die während der Putschregierung getroffen wurden, welche keine Legitimität hatte, sie abzuschließen. Der Ausverkauf seines Reichtums, insbesondere von Gas und Lithium, muss rückgängig gemacht werden. Die indigenen Völker müssen auch für die Verluste, die ihnen während des Staatsstreichs von Präsidentin Jeanine Áñez entstanden sind, entschädigt werden.

Schließlich muss die bolivianische Bevölkerung weiterhin mobilisiert und organisiert bleiben, um möglichen Reaktionen der rechten PutschistInnen, unterstützt vom Imperialismus, und sogar möglichen Rückzügen der MAS-Regierung entgegenzutreten, die zu der bekannten Klassenversöhnung führen könnten.

Bolivien ArbeiterInnen und arme Bauern/Bäuerinnen müssen eine internationalistische revolutionäre Partei mit einem Programm zum Sturz des Kapitalismus aufbauen. Eine Partei, die die ArbeiterInnenklasse organisiert und den revolutionären Prozess befördert, der sie von der kapitalistischen Sklaverei befreit und sie zur Macht eines neuen Staates, eines sozialistischen Staates, führt.

Die ArbeiterInnenklasse in ganz Lateinamerika spürt die stärkenden Winde, die aus Bolivien und Chile wehen. Dies zeigt auch die dringende Notwendigkeit einer internationalen Organisation, die sie mit den ArbeiterInnen Nordamerikas, Europas und auch Chinas verbindet. Gemeinsam können wir uns von den imperialistischen Mächten und ihren AgentInnen, den korrupten und diktatorischen lokalen Eliten befreien. Deshalb müssen wir den Aufbau einer Fünften Internationale und revolutionärer Parteien in jedem Land auf die Tagesordnung setzen. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Programme muss die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Republiken Lateinamerikas sein.

---

# **Wien-Wahlen 2020: SPÖ-Sieg, rechtes Debakel und Erfolg für LINKS**

*Arbeiter\*innenstandpunkt, Infomail 1121, 14. Oktober 2020*

Die Wien-Wahlen sind geschlagen. Die SPÖ hat trotz eines absoluten Verlusts an Stimmen, dank der gesunkenen Wahlbeteiligung, einen deutlichen Sieg davontragen können, während die FPÖ von 30 % auf unter 8 % abgestürzt ist. Am stärksten profitiert hat davon die ÖVP.

## **Wahlen während der Krise**

Thematisch waren die Wahlen recht stark vom Thema Corona-Pandemie geprägt. Vor allem der Schlagabtausch zwischen ÖVP-geführter Bundesregierung und SPÖ-geführter Stadtregierung hat erkennen lassen, wie sehr die Parteien das Thema politisch auszuschlachten versuchten. Insbesondere von FPÖ und NEOS kam hier die Kritik, dass die Kleinunternehmen entweder durch überzogene Maßnahmen schikaniert (FPÖ) oder zu wenig Förderung erhalten würden (NEOS). Daneben aber war das Thema der Wirtschaftskrise im Wahlkampf recht wenig präsent, besonders aus Perspektive der lohnabhängigen Bevölkerung. Die Welle der Massenentlassungen von Großunternehmen überrollt schon jetzt das Land. Wirkliche Lösungen hatte von den etablierten Parteien aber keine anzubieten. Dabei wird diese Problematik in den kommenden Wochen und Monaten vermutlich nur an Intensität zunehmen.

Wichtige Themen wie das Wahlrecht für alle Menschen, die in Wien leben, kamen dieses Jahr vor allem durch die starke Kampagnenführung von LINKS vermehrt zur politischen Diskussion. Die SPÖ unter Michael Ludwig positionierte sich hier klar: Wenn es nach ihm geht, soll das Wahlrecht an die StaatsbürgerInnenschaft gekoppelt und somit auch weiterhin ein großer Teil der ArbeiterInnenklasse davon ausgeschlossen sein. Die Grünen zeigten hingegen vor allem durch ihr Verhalten in der Bundesregierung, wo sie zusammen mit der ÖVP die Aufnahme auch nur einer einzigen geflüchteten Person aus dem abgebrannten Lager Moria auf Lesbos verweigerten, wie bereitwillig sie sich der ÖVP in der Koalition unterordnen, um ja nicht ihre Utopie eines grüneren, geschweige denn grünen Kapitalismus zu gefährden.

## Ergebnisse

Die Ergebnisse nach Parteien: SPÖ 41,6 % (+ 2,0 %), ÖVP 20,4 % (+11,2 %), Grüne 14,8 % (+ 3,0 %), NEOS 7,5 % (+ 1,3 %), FPÖ 7,1 % (-23,7 %), Team HC 3,6 %, LINKS 2,1 %. Insgesamt gab es vor allem einen dominierenden Faktor bei diesen Wahlen, nämlich die deutlich gesunkene Wahlbeteiligung, in erster Linie vermutlich wegen Corona, aber auch wegen der enttäuschten FPÖ-WählerInnen. Die SPÖ hat zum Beispiel trotz der prozentuellen Zugewinne an absoluten Stimmen von 330.000 auf 302.000 abgebaut und insgesamt 73.000 Menschen, die sie beim letzten Mal gewählt haben, haben diesmal gar nicht abgestimmt. Trotz der günstigen Umstände, die ihr den Wahlsieg beschert haben, setzt sich der Niedergang der Sozialdemokratie fort. Am meisten verloren hat aber die FPÖ: Von den 257.000 WählerInnen von 2015 sind hunderttausend zuhause geblieben und weitere hunderttausend haben sich in erster Linie auf ÖVP, aber auch auf SPÖ und Team HC Strache verteilt. Aber der fulminante Wahlerfolg der SPÖ – der erste prozentuale Zugewinn in Wien seit 2005 – lag in erster Linie an der Schwäche der Rechten und nicht an der eigenen Stärke. Insgesamt fielen die dezidiert rechten Parteien (FPÖ, ÖVP und HC) von insgesamt 40 % bei den letzten Wahlen auf etwas mehr als 30 % dieses Jahr. Grund dafür ist in erster Linie natürlich die Ibiza-Affäre und die Spaltung der FPÖ samt Spesenaffäre um HC Strache. An dieser Stelle bemerkenswert ist auch, dass die SPÖ, mit ihrer Ablehnung des Wahlrechts für alle und ihrer Zurückhaltung gegenüber rechten

Forderungen nach weiterer Einschränkung des Gemeindebauzugangs, im rechten WählerInnenpool gefischt hat, dort aber kaum etwas gewinnen konnte.

Die WählerInnenströme zeigen also deutlich, dass es bei diesem Urnengang keinen stark ausgeprägten Linksruck gab. Die SPÖ wurde von deutlich weniger Menschen gewählt als das letzte Mal und die verlorenen FPÖ-WählerInnen blieben in erster Linie zuhause oder gingen zur ÖVP. Nur eine Minderheit ging zur SPÖ zurück. Diese rechte WählerInnengruppe wird sich, wenn sie nicht durch klassenkämpferische (d. h. auch antirassistische) Politik gewonnen wird, auch in den nächsten Jahren nicht in Luft auflösen und für rechte Parteien wie die FPÖ, die ÖVP oder gar Schlimmeres mobilisierbar sein.

Besonders hervorzuheben ist bei diesen Wahlen auch das speziell starke Abschneiden von einigen „Kleinparteien“. Mit LINKS (2,1 %) , Bierpartei (1,8 %) und SÖZ (1,2 %) sind mehr als 5 % der meist als „Sonstige“ angeführten Stimmen an Parteien gegangen, die von Anfang an recht schlechte Aussichten auf einen Einzug in den Gemeinderat hegten. Speziell bei JungwählerInnen (unter 30) haben sie in Summe 12 % der Stimmen bekommen (mit recht großer statistischer Schwankungsbreite: LINKS 5 %, Bierpartei 4 %, SÖZ 3 %). 12 % gab es für die „Sonstigen“ auch bei Menschen, die mit ihrem Einkommen schlecht auskommen.

## **Künftige Koalition**

Nach dem erfolgreichen Wahlabend für die SPÖ hielten sich ihre VertreterInnen demonstrativ vage, was eine künftige Koalition für eine Stadtregierung anbelangt. Rein rechnerisch wäre eine mit jeder beliebigen Partei im Gemeinderat für die SPÖ möglich. Mit der FPÖ hat Bürgermeister Ludwig eine Koalition ausgeschlossen, doch alle 3 anderen Optionen - ÖVP, Grüne, NEOS - werden von der SPÖ wohl realistisch in Betracht gezogen.

Eine recht unwahrscheinliche Koalition wäre eine gemeinsam mit den NEOS,

auch wenn diese sich bisher recht offen dafür gezeigt haben. Die einzige Sache, die hier für die Sozialdemokratie dafür sprechen würde ist, dass sie die NEOS in einer Regierung ziemlich absolut dominieren könnte und mit ihnen gleichzeitig eine reine „Oppositionsregierung“ in Wien gegen die Bundesregierung aufgebaut werden könnte. Gleichzeitig ist diese Koalition sowohl bei der SPÖ-WählerInnenschaft (10 % Zustimmung) wie auch bei der Wiener Bevölkerung (9 % Zustimmung) als ganzes recht unbeliebt. Dazu kommt natürlich auch, dass die Schwerpunkte der NEOS - sozialer Liberalismus mit beinhardter Marktgläubigkeit und Neoliberalismus - nicht unbedingt so stark mit den Schwerpunkten der SPÖ zusammenpassen würden. Eine Koalition mit den NEOS würde für die ArbeiterInnenklasse wohl eine noch stärkere Anpassung der Stadtregierung an den Neoliberalismus und eine vermutlich härtere Sparpolitik bedeuten.

Eine Koalition mit der ÖVP wäre vermutlich die größte Anbiederung der SPÖ an die Bourgeoisie und ihre Hauptpartei. Für die Sozialdemokratie wäre das wohl nur aus der Perspektive gedacht, sich auch im Bund an die ÖVP anzunähern und wieder auf eine baldige Verwendung als Juniorpartnerin zu hoffen. Aber da die nächsten Wahlen im Bund noch deutlich entfernt liegen und die ÖVP bisher auch kaum Signale auf einen SPÖ-freundlicheren Kurs gestellt hat, ist das wohl auch eine unwahrscheinliche Variante. Nichtsdestotrotz zeigt die Erfahrung, dass die SPÖ immer gut darin ist, sich der Bourgeoisie und ihrer wichtigsten Partei anzupassen.

Am wahrscheinlichsten ist wohl eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Grünen. Die rot-grüne Koalition bleibt trotz Schwarz-Grün im Bund die beliebteste Koalitionsvariante in der Wiener Bevölkerung (36 % Zustimmung) sowie in der SPÖ-WählerInnenschaft (54 % Zustimmung). Generell haben sowohl die Grünen als auch die SPÖ bei denen gepunktet, für die die Lebensumstände (in Wien) gut sind. Daher ist ein bequemes Fortsetzen des Status quo mit einer rot-grünen Koalition in Wien wohl das wahrscheinlichste Ergebnis. Das bedeutet natürlich auch eine Bindung der ArbeiterInnen an das bürgerlich-soziale Wien und kosmetische Politik anstelle radikaler Bewältigung der Klimakrise.

# LINKS

Das neue Wahlprojekt LINKS, an dem wir auch als Arbeiter\*innenstandpunkt beteiligt sind, konnte bei den Wahlen durchaus einen Achtungserfolg erzielen. Das große Ziel, in den Gemeinderat einzuziehen, wurde zwar verfehlt, mit den begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen sowie der eingeschränkten Berichterstattung durch die bürgerlichen Medien war das aber von Anfang an realistisch. Nichtsdestotrotz war es das stärkste Ergebnis einer Kraft links der Sozialdemokratie und der Grünen seit 1973 in Wien. Unterm Strich wird LINKS in 15 Bezirken mit insgesamt 23 BezirksrätInnen vertreten sein.

Die stärksten Ergebnisse wurden dabei in den Innen- sowie in stark migrantisch geprägten, proletarischeren Bezirken (Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring, Leopoldstadt, Brigittenau) erzielt. Die schwächsten Ergebnisse gab es neben den reichsten Bezirken (Innere Stadt, Hietzing, Döbling) vor allem in den ebenfalls proletarischeren „Flächenbezirken“ (Favoriten, Simmering, Donaustadt, Floridsdorf, Liesing). Gründe dafür gibt es wohl einige: Auf der einen Seite ist in diesen Bezirken die AktivistInnenbasis nicht besonders stark (vor allem in Relation zur EinwohnerInnenzahl), auf der anderen Seite sind die Bezirke aufgrund ihrer Größe um einiges schwieriger mit Inhalten abzudecken. Die Flächenbezirke waren aber auch in den letzten Jahren Hochburgen der FPÖ und dort hat sie auch bei diesen Wahlen noch ihre stärksten Ergebnisse einfahren können. Ein Kampf zwischen Rot und Blau war hier noch eher im Gange als in anderen Bezirken. Gleichzeitig hätte sich hier wohl auch ein expliziter und deutlicherer Bezug von LINKS auf die ArbeiterInnenklasse ausgezahlt.

Das leicht stärkere Abschneiden von LINKS auf Bezirksebene (wienweit 2,5 %) gegenüber der Gemeindeebene (2,1 %) führt auf manchen Seiten (KPÖ Steiermark, Junge Linke) dazu, noch stärker ihre Strategie der Bezirks- und Grätzlarbeit zu betonen. Dabei geht ein guter Teil der Stimmendifferenz wohl auf das starke Abschneiden bei den nur auf Bezirksebene wahlberechtigten EU-WählerInnen zurück und der Rest wohl auf die Tatsache, dass eine Stimme auf Bezirksebene vielen Leuten entweder weniger „verloren“ vorkam oder der Einzug

in die Bezirksvertretung einfacher möglich ist als in den Gemeinderat. Gerade bei LINKS gab es im Vergleich zu „Wien anders“ vor 5 Jahren einen deutlich stärkeren Fokus auf allgemeinpolitische Themen (Mindestlöhne, Wahlrecht für alle, Enteignung von Großkonzernen etc.) und politische Mobilisierungen auf der Straße und genau darin hat sich auch der Erfolg gezeigt. Die lokale Vertretung in der Mehrheit der Bezirksvertretungen kann allerdings jetzt gut für einen weiteren Aufbau der Organisation genutzt werden.

## **Ausblicke**

Egal welche Koalition kommen wird, sie wird von der SPÖ dominiert werden. Dabei ist kaum zu erwarten, dass sich ihr Kurs in absehbarer Zeit relevant nach links verschieben wird, vor allem nicht wenn man mit dem Kurs von Ludwig auch Wahlerfolge erzielen kann. In den sozialen Kämpfen und Klassenkämpfen, die die weitere Entwicklung der Krise unweigerlich mit sich bringen wird, ist es deshalb möglich, auf Basis der gesteigerten Bekanntheit und der gewonnenen Ressourcen von LINKS weitere Schritte in Richtung Aufbau einer neuen antikapitalistischen, revolutionären ArbeiterInnenpartei zu setzen. Gelingen wird das vor allem, wenn es geschafft wird, sich unter den kämpferischsten und fortschrittlichsten Schichten zu verankern. Große Bedeutung haben in diesem Prozess die politische Konsolidierung der AktivistInnen, die Ausarbeitung einer Perspektive über die Wahlen hinaus in Form gemeinsamer Kampagnentätigkeiten und die Schaffung von Formaten, mit denen sich neu Interessierte trotz Corona in LINKS einbringen können. Das Ergebnis einer Konsolidierung muss sich in einem kürzeren und konsistenteren Programm für den österreichischen Klassenkampf (nicht nur für eine Wahl) mit einer klaren sozialistischen Strategie ausdrücken.

---

# Hamburger Bürgerschaftswahlen: Himbeerpudding mit grüner Soße

*Bruno Tesch, Infomail 1091, 24. Februar 2020*

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2020 überraschte angesichts der Umfragen niemanden wirklich. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen fand doch nicht statt. Die SPD lag am Ende mit 39,2 % klar vorn. An zweiter Stelle kam die Partei Die Grünen mit 24,2 % und ebenso deutlichem Abstand zur CDU (11,2 %) über die Wahlziellinie, während die Partei Die Linke mit 9,1 % einlief. Die AfD schaffte mit 5,3 % gerade noch die Fünf-Prozent-Hürde. Die FDP folgte laut vorläufigem Ergebnis vom 24. Februar mit 4,9 % aus der Bürgerschaft.

## **SPD und Grünen-Erfolg**

Die sozialdemokratische Spitze zeigte sich hochzufrieden. Der Erste Bürgermeister Tschentscher sprach von einem „großartigen Abend“ und die öffentlichen Medien legten ihm beim ersten Interview das Stichwort „Trendwende“ gegen die Bundestendenz auf den Phrasenteller. Schauen wir uns das Wahlergebnis genauer an, sprechen die Zahlen einen anderen Schnack. Die „glänzende Siegerin“ war gegenüber dem Ausgang der letzten Wahlen die Partei mit den höchsten Stimmeneinbußen (- 6,4 %). Die SPD verlor allein an die Grünen etwa 32.000 Stimmen, an die Linke rund 3.000. Sie kompensiert ihre nicht ganz unbegründeten Ängste vor dem Mehrheitsverlust durch das Schulterklopfen für den Einsatz und die Geschlossenheit der Partei im Wahlkampf, die schließlich den Erfolg gebracht hätten. Immerhin konnte sie auch 27.000 NichtwählerInnen zum Urnengang bewegen.



Aufwind bekam

sie auch im letzten Monat durch die Medien, die Tschentscher bspw. 2 Tage vor der Wahl zur besten Sendezeit im Hamburg Journal (NDR) Gelegenheit gaben, kräftig Propaganda zu betreiben. Dort behauptete er u. a., die SPD sei erwiesenermaßen nicht in die Affäre um Cum-Ex-Geschäfte der Warburg-Bank verstrickt, bei der die hamburgische Finanzbehörde auf die Zahlung von 47 Millionen

Euro verzichtet habe. Selbst wenn dies stimmen sollte, bleiben doch Zweifel am staatlichen Umgang gerade mit Banken, denn bereits für die „Rettung“ der HSH-Nordbank hat der Senat die SteuerzahlerInnen bluten lassen.

Gefeiert wurde

auch, dass der Erfolg aus „eigener Kraft“ errungen worden sei, d. h. das neue Chef-Duo der Bundespartei wurde nicht zur Unterstützung für den Hamburger

Wahlkampf eingeladen - ein offener Affront und ein Zeichen, dass die Einheit und der Kurs der SPD auf Bundesebene keineswegs klar vorgegeben sind.

Vom Ergebnis her

scheint eine Fortsetzung der bisherigen Koalition aus SPD und Grünen vorgezeichnet. Die grüne Partei hat jedoch die Gewichtung zu ihren Gunsten verschieben können. Sie verdoppelte ihren Stimmenanteil gegenüber 2015 auf 24,2 %

und profitierte v. a. vom Thema des letzten Jahres, der Sensibilisierung für die Umweltfrage, was sich in sehr großen Demonstrationen und einer in Hamburg sehr grünenfreundlichen „Fridays for Future“-Bewegung nicht zuletzt 2 Tage

vor der Wahl niederschlug.

Konnte die SPD

sich auf ihre Bastionen in der ArbeiterInnenschaft (40 %) stützen, herausragend jedoch der Anteil von RentnerInnen mit absoluter Mehrheit (58 %), erhielten die Grünen hauptsächlich das Votum von höheren Angestellten und Selbstständigen

(ca. 28 %).

CDU und FDP hatten beide mit dem Nachbeben der Thüringen-Wahl zu kämpfen. Die CDU heimste mit 11,2 % ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis in der Hansestadt ein. Rein rechnerisch könnte die SPD zwar mit der Union eine Regierung bilden (69 von 123 Sitzen), SPD und Grüne verfügen aber mit 87 Abgeordneten nicht nur über eine satte Majorität, sondern konnten als Koalition auch noch zulegen. Alles andere als eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition ist praktisch ausgeschlossen.

Für einen

Verbleib in der Opposition hatte sich die Linkspartei schon vor der Wahl erklärt. Sie konnte leicht um 0,6 % zulegen. Ihr vergleichsweise gutes Abschneiden resultiert im Wesentlichen aus ihrem Engagement für bezahlbaren Wohnraum, was sich auch im überdurchschnittlichen Zuspruch aus der ArbeiterInnenklasse (11 %) zeigt.

## **Stabile Verhältnisse?**

Alle bürgerlichen und konformen Medien und ParteienvertreterInnen äußerten sich befriedigt über den Wahlausgang, der scheinbar klare Verhältnisse geschaffen hat. Dass CDU und FDP abgestraft wurden, dürfte angesichts der guten Erfahrungen der Hamburger UnternehmerInnenschaft mit der bisherigen Regierungskoalition die geringste Sorge der herrschenden Klasse sein. Rot-Grün hat sich bekanntlich recht „pragmatisch“, also willfährig gezeigt, wenn es um die Geschäftsinteressen des Hamburger BürgerInnentums ging.

Als es nach den ersten Hochrechnungen so schien, dass die AfD den Einzug ins Parlament verpasst hätte, konnte von SPD, Grünen und Linkspartei auch noch ein Sieg über Rechtspopulismus, Faschismus und Rassismus verkündet werden. Auf

parlamentarischer Ebene konnte sich der Rechtspopulismus schließlich doch noch halten, wenn auch mit empfindlichen Verlusten (-0,8 %). Immerhin scheiterte die FDP - gewissermaßen als Trostpreis für den Verbleib der AfD.

Dass mit deren

Wahlverlusten die Gefahr des Rechtspopulismus gebannt und der Charakter der „weltoffenen Stadt“ gewahrt wäre, gehört freilich ins Reich rot-grüner Legendenbildung. Sie ist pure Augenwischerei, denn die rassistische Politik des Senats gegenüber Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund hat sich

in der Vergangenheit mehrfach auf verschiedenen Ebenen gezeigt (Abschiebungen,

Wohnraum, Fördermittelstreichung). Wenn jetzt jubiliert wird, dass endlich wieder durchregiert werden kann und keine Lähmungen bei Regierungsbildung zu

befürchten sind, so könnte sich bei Einbrüchen der stark außenwirtschaftlich ausgerichteten Hamburger Wirtschaft bald zeigen, dass die vollmundigen Versprechungen von SPD und Grünen über Projekte des Hafen- und Wohnviertelausbaus, des öffentlichen Nahverkehrs und der Klimaverträglichkeit in der Planungsphase versanden.

Die

ArbeiterInnenklasse muss bei allen Brennpunkten das Heft des Handelns in eigener

Organisierung an sich bringen: Krankenhäuser, Schulen, Mieten, Rassismus von Staat und Rechten. Die Linkspartei darf sich nicht mit parlamentarischer Opposition begnügen, sondern muss die Forderungen der ArbeiterInnen und Armen

aufgreifen und die kommenden Kämpfe unterstützen. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht zurücklehnen und Rot-Grün die Mauer machen. Dasselbe gilt für die Spitze von „Fridays for Future“.

Um die

Lohnabhängigen, die Unterdrückten, die Jugend und die Umweltbewegung gegen

Angriffe und faule Kompromisse von Rot-Grün auf die Straße zu bringen, dürfen wir uns nicht auf die Führungen von Linkspartei, Gewerkschaften, „Fridays for Future“ oder gar sozialdemokratische Linke verlassen - wir müssen dazu selbst Aktionsbündnisse in Betrieben und im Stadtteilen aufbauen.

---

# Irland: Der Aufschwung von Sinn Féin

*Dara O’Coghaidhin, Infomail 1091, 24. Februar 2020*

Die Wahlen in

Irland am 7. Februar lieferten Sinn Féin ein beeindruckendes Ergebnis. Sie gewann 24,5 % der Erststimmen und beseitigten damit das seit einem Jahrhundert von den Mitte-Rechts-Parteien Fine Gael und Fianna Fáil ausgeübte Quasi-Monopol auf die Macht, wurde aber nach Sitzen übertrumpft. Größte Partei nach Mandaten wurde Fianna Fáil mit 38 Sitzen, da Sinn Féin mit einem derartigen Sieg nicht gerechnet und nur 42 KandidatInnen für 160 Sitze aufgestellt hatte, sodass sie am Ende nur 37 Abgeordnete stellen konnte.

Angesichts einer

schweren Immobilienkrise und dem Abbau öffentlicher Dienstleistungen wurden die

WählerInnen für Sinn Féins Programm zur Eindämmung von Sparmaßnahmen und zur

Umsetzung von Reformen wie Mietstopps und dem Bau von günstigen Wohnungen

gewonnen. Eine Umfrage nach der Wahl offenbarte einen starken

Generationsunterschied – rund 32 % der 18- bis 34-Jährigen wählten Sinn Féin. Vor allem deren frustrierende Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt entschieden wohl über das Wahlergebnis. Die anhaltende Begünstigung spekulativer Immobiliengeschäfte führte zur Steigerung der Nachfrage und zur Unbezahlbarkeit von Wohnraum und damit zum exponentiellen Anstieg von Wohnungslosigkeit.

In der Woche vom 23. bis 29. Dezember 2019 gab es in ganz Irland 9.731 Leute ohne Wohnung. Diese Zahl umfasst Erwachsene und Kinder. Laut Wohltätigkeitsorganisationen

wie „Focus Ireland“ ist die Zahl der wohnungslosen Familien seit Dezember 2014 um 280 % gestiegen.

## **Drakonische Sparmaßnahmen**

Die Wut der Menschen hat ihre Wurzeln in dem Finanzcrash, der durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 ausgelöst wurde, gefolgt von der schlimmsten Wirtschaftskrise der Welt seit 1929. Die irische Wirtschaft taumelte in eine der tiefsten Rezessionen der Eurozone. Sie schrumpfte 2009 um 10 % und die Regierung war gezwungen, sich für einen Kredit von 67,5 Mrd. EUR an die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und den Internationalen Währungsfonds zu wenden, um den Haushalt zu finanzieren und ihre Banken mit Kapital auszustatten. Diese drei als „Troika“ bekannten Institutionen stellten Rettungsgelder zur Verfügung, machten hierfür aber die Umsetzung einer Vielzahl von Sparmaßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits zur Bedingung.

Zu Beginn des Jahres 2013 war Irland das fünftteuerste Land in der EU. Die Immobilienpreise lagen 17 % über dem europäischen Durchschnitt. Die Regierung führte außerdem eine Reihe von Sozialkürzungen durch, die immer mehr Menschen in Schulden und Armut getrieben haben. Die Sparmaßnahmen haben Irland in Bezug auf Kinderarmut, Benachteiligung und Ungleichheit ans Ende der OECD-Rangliste gebracht. Infolgedessen wanderten viele junge Erwachsene aus. Zwischen 2009 und 2013 waren es mehr als 300.000 Menschen,

von denen 40 % zwischen 15 und 24 Jahre alt waren.

Die jahrzehntelange Passivität der Gewerkschaften hat zu einer geringen Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen und zum ungewöhnlich massiven Ausbau des Niedriglohnsektors geführt. Während die irische Wirtschaft in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebte, stellte ein Bericht der unabhängigen Denkfabrik TASC aus dem Jahr 2019 fest, dass Irland eine der höchsten Niedriglohnquoten in der Europäischen Union aufweist. In dem Bericht wurde außerdem verzeichnet, dass die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder vergleichsweise gering ist und Irland in Bezug auf Schutzrechte am Arbeitsmarkt auf Platz 22 der 23 EU-Länder steht. Immer mehr ArbeiterInnen-Familien sind mit steigender Überschuldung konfrontiert. Kaum ein Wunder also, dass eine von Amarach Research im Jahr 2018 durchgeführte landesweite Umfrage ergab, dass mehr als die Hälfte der Irinnen und Iren einen Rückgang ihrer psychischen Gesundheit infolge der Wirtschaftskrise gemeldet hat. 14 % hatten gar über Selbstmord nachgedacht.

## **Aufstieg von Sinn Féin**

Die Behauptungen der Regierung über eine wirtschaftliche Erholung machten sich über die Realität der allermeisten ArbeiterInnen lustig. Diese beschlossen also, eine Nachricht an die herrschende Klasse zu senden. Nach neun Jahren zermürbender Herrschaft von Fine Gael, in denen der Lebensstandard sank, erwartete Fianna Fáil, die nach Veränderung verlangende Stimmung nutzen und eine neue Regierung anführen zu können. Das Vertrauens- und Versorgungsabkommen, auf dessen Grundlage diese bürgerliche Oppositionspartei seit 2016 eine Minderheitsregierung von Fine Gael stützte, wurde jedoch zu ihrer Achillesferse. Dies ermöglichte es der Sinn Féin-Führerin Mary Lou McDonald, den Finger in die Wunde zu legen und das starke Wirtschaftswachstum Irlands dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem Versagen im Gesundheitswesen gegenüberzustellen.

Sinn Féins

kometenhafter Anstieg in den Meinungsumfragen brachte das Establishment in

Panik. Fine Gael und Fianna Fáil schlossen beide eine Zusammenarbeit mit Sinn Féin aus und griffen sie aufgrund ihrer früheren Unterstützung für die IRA an. Dies unterstrich aber nur ihre eigene Heuchelei, da sie erst Wochen zuvor die Wiederherstellung der Machtteilung zwischen Sinn Féin und der Demokratischen Unionistischen Partei im Stormont (Sitz der Exekutive Nordirlands) feierten. Als sich die verblüffenden Ergebnisse der Wahl abzeichneten und der Fianna Fáil-Vorsitzende Michéal Martin keine andere Option sah, um doch noch Premierminister zu werden, revidierte er auch seine langjährige Ablehnung gegen eine Zusammenarbeit mit Sinn Féin. Er musste später allerdings zurückrudern, als eine Sitzung der Fraktion beschloss, keine Regierungsbildungsgespräche mit Sinn Féin aufzunehmen.

Sinn Féin konnte zudem in Verfolgung seiner nationalistischen Ziele von der Ankündigung profitieren, ein öffentliches Referendum über die irische Einheit im Norden und Süden abhalten zu wollen, nachdem die Regierung zuvor durch das Gedenken an reaktionäre royalistische Polizeikräfte (Royal Irish Constabulary und die mörderischen „Black and Tans“, ihre Spezialeinheiten) viel Unmut auf sich gezogen hatte. Sinn Féins strategisches Ziel war es lange Zeit, Teil der Regierung im Norden und Süden zu werden, um eine solche Abstimmung zu erreichen. Aber wie sie genau wissen, muss die britische Regierung dem zustimmen. Wie Nicola Sturgeon, die schottische Premierministerin, die ebenfalls ein Unabhängigkeitsreferendum anstrebt, bestätigen kann, steht dies nicht auf Boris Johnsons „To Do“-Liste.

## **„Große“ Koalition Solidarity SOL/PBP**

Bei den Wahlen zum britischen Unterhaus Ende 2019 griff „People Before Profit“, die nordirischen MitstreiterInnen der britischen SWP, zu Recht Sinn Féins Umsetzung von Tory-Kürzungen in den 6 Grafschaften an. Während der Kampagne hängten sie Plakate mit der Aufschrift „Sinn Féin stimmte für

Sozialkürzungen“ in Teilen von West-Belfast auf, wo sie eine bedeutende Basis von UnterstützerInnen aufbauen konnten. In einer Erklärung auf der Twitter-Seite von PBP-Ratsmitglied Matt Collins sagte er: „Stimmen Sie am Donnerstag nicht für Parteien, die die ‚Reform‘ unterstützen, sondern für die sozialistische Linke.“ Kaum einen Monat später wollten PBP-TDs (Abgeordnete des Dáil, des irischen Unterhauses) in den 26 Landkreisen ein völlig anderes Bild von Sinn Féin präsentieren.

Als Teil eines Wahlbündnisses mit „Solidarity“ (SOL) - in dem die irische „Socialist Party“ (SP), die Schwesterorganisation der SAV, beide bis letztes Jahr Mitglieder der internationalen Tendenz KAI/CWI, mitwirkt) und der kürzlich von der SP abgespaltenen „RISE“ beteiligte sich „People Before Profit“ an einer keynesianischen Plattform mit Forderungen nach höheren öffentlichen Ausgaben, kostenlosem öffentlichen Nahverkehr, einem Existenz sichernden Lohn von 15 EUR pro Stunde und dem Bau von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum. Bezahlt werden sollte das Ganze durch Steuererhöhungen für SpitzenverdienerInnen und Schließen von Steuerschlupflöchern, um alle multinationalen Konzerne zur Zahlung der Körperschaftsteuer in Höhe von 12,5 % zu verpflichten - eines der niedrigsten Steuersätze in Europa. Sozialismus stand jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung.

SOL-PBP versuchten, ihre 6 Parlamentssitze zu verteidigen, und appellierten direkt an eine „große Koalition“ der Linken, die von Sinn Féin geführt werden sollte. In einer Fernsehdebatte wollte Richard Boyd Barrett (PBP-TD) die Bedenken von Sinn Féin, den Grünen, der Labour Party und den SozialdemokratInnen zerstreuen, indem er ihnen versicherte, dass sie zuverlässige KoalitionspartnerInnen sein würden. Sie hofften so auch, Stimmen von diesen Parteien zu erhalten, um die Wiederwahl ihrer Abgeordneten zu sichern. Nach der ersten Auszählung rangen sie mit dem Verlust ihrer Sitze. Aufgrund der Besonderheiten des irischen Wahlrechtes (Proportional Representation with a Single Transferable Vote) konnte SOL-PBP 5 ihrer 6 Sitze halten, wobei sie begünstigte, dass Sinn Féin in einigen Wahlkreisen, wo mehrere Sitze vergeben werden, nur eine/n KandidatIn aufgestellt hatte und ihnen deren Stimmenüberschuss zugutekam.



# Linke Regierungssillusionen

SOL-PBP TDs versuchten direkt nach der Wahl, Sinn Féin zur Bildung einer „linken Regierung“ zu drängen. Viele, die Sinn Féin aufgrund ihres Versprechens gewählt hatten, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wussten nichts von der Politik, die Sinn Féin diesbezüglich in Nordirland verfolgt hatte. In Belfast etwa unterstützte sie einen „City Deal“, der die Privatisierung von Land in öffentlichem Eigentum beschleunigen wird - Land, das zuvor für den Bau von Sozialwohnungen genutzt werden sollte. PBP kämpfte im Rathaus von Belfast dagegen an.

Dessen ungeachtet forderten PBP-Abgeordnete im Süden die ArbeiterInnen auf, „auf der Straße zu mobilisieren“ - aber nicht, um das Land wie in Frankreich durch einen Generalstreik lahmzulegen, sondern um Sinn Féin aufzufordern, eine linke Minderheitsregierung zu bilden, einschließlich der Grünen und der Labour Party - Parteien, die die ArbeiterInnenklasse nach der Wirtschaftskrise drangsalierten, als sie mit Einschnitten regierten. Außerdem wäre jede Regierung immer noch auf irgendeine Art Abkommen mit Fianna Fáil oder Fine Gael angewiesen, das sie bei wichtigen Abstimmungen zur Enthaltung auf den Oppositionsbänken zwingen würde. Dies verdeutlicht die Torheit des PBP-Vorschlags.

Darüber hinaus wäre jede „linke Regierung“ mit der Schwäche des irischen Kapitalismus, seinem Status als Halbkolonie und der Gefahr der Kapitalflucht konfrontiert. Multinationale Unternehmen machen 90 % der irischen Exporte aus und nutzen das Land hauptsächlich für Steuerhinterziehung. Die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe nimmt jährlich ab. Dies bedeutet, dass Irland als schwaches Glied im europäischen Kapitalismus besonders anfällig für flüchtige, anfällige Kapitalströme ist.

Der globale Finanznachrichtendienst Bloomberg reagierte auf das Wahlergebnis mit der Feststellung, dass „jetzt ein guter Zeitpunkt sein könnte, um die Anleihen des Landes abzuwerfen“, und verwies auf die Ausgabenversprechen von Sinn Féin. Der Arbeit„geber“verband IBEC zeigte hingegen Vertrauen in eine

„fiskalisch verantwortliche“ Sinn Féin, die sich verpflichtet hatte, den Körperschaftsteuersatz von 12,5 % und die Gewinne multinationaler Unternehmen zu schützen. Natürlich müsste eine „linke Regierung“ die Troika bekämpfen und die Euro-Schulden streichen, wenn bedeutende Reformen durchgeführt werden sollen, aber keine „linke“ Partei ist bereit, diesen Weg zu gehen.

Bis jetzt wurden zudem alle unwirklichen Forderungen nach einer „linken Regierung“ von Labour torpediert, die sich weigert, die Macht mit Sinn Féin zu teilen. Auch Eoin Ó Broin von Sinn Féin verwarf sogleich die Idee, da dies angesichts der Zahlen im Parlament nicht machbar sei, und veranlasste damit Richard Boyd Barrett von PBP zu der Klage, zu schnell „das Handtuch zu werfen“. Die Gespräche zwischen Fine Gael und Fianna Fáil, in der sie über das erstmalige Schmieden einer „Großen Koalition“ unter Beteiligung der Grünen beraten, werden indes voraussichtlich diese Woche fortgesetzt. Fine Gael hat als Bestandteil eines Abkommens mit Fianna Fáil eine Rotation der Regierungsspitze gefordert. Das beste Ergebnis für Sinn Féin in dieser Phase wäre, dass die Gespräche scheitern und eine weitere Wahl stattfinden muss. Sinn Féin könnte dann mehr KandidatInnen in Wahlkreisen mit Spitzenergebnissen aufstellen und gestärkt als größte Partei (auch nach Sitzen) ins Parlament zurückkehren. Dies würde wahrscheinlich SOL-PBPs Vertretung im Parlament auslöschen.

## **Massenmobilisierung**

SozialistInnen in „People Before Profit“, „Solidarity“ und „RISE“ sollten sich gegen eine Koalition mit kapitalistischen Parteien wie Sinn Féin stellen. Die radikale Linke schöpft ihre Stärke aus der Mobilisierung der Werktätigen, um für ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Die Aussetzung der Wassergebühren im Jahr 2016, eine massive Niederlage für die Regierung, wurde durch Massendemonstrationen, Konfrontation und Zahlungsboykott erreicht.

Trotz der mangelnden Bereitschaft von Sinn Féin, den Boykott der

Wasserrechnungen zu unterstützen, konnte die radikale Linke diese Botschaft verbreiten und eine Führungsrolle bei der Organisation eines breiteren politischen Zurückschlagens übernehmen. Das Versäumnis, auf dieser Kampagne aufzubauen, schuf jedoch ein Vakuum auf der linken Seite, das Sinn Féin erfolgreich füllte. Eine ähnliche Kampagne gegen die Immobilienkrise könnte die Linke wiederbeleben und neue Schichten von ArbeiterInnen in den Kampf ziehen, die aus dem Immobilienmarkt und dem privaten Mietsektor verdrängt wurden.

Der globale Kapitalismus ist in eine Zeit der Instabilität und Stagnation eingetreten. ÖkonomInnen sind sich im Großen und Ganzen einig, dass Irland mit einer der offensten Volkswirtschaften der Welt einem höheren Risiko durch globale Handelskonflikte ausgesetzt und ein Abschwung unvermeidlich ist. Die Auswirkungen des Brexit werden ebenfalls verheerend sein. Von den ArbeiterInnen wird erneut erwartet, dass sie die Verluste sozialisieren und die Hauptlast der Kürzungen tragen. Wir stehen außerdem vor einer Klimakatastrophe, der schwersten Krise, mit der die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte konfrontiert war. Lösungen für diese Probleme erfordern einen System-, nicht nur einen Regierungswechsel.

Eine echte ArbeiterInnenregierung müsste die kapitalistische Elite Irlands und die Wut ihrer imperialistischen UnterstützerInnen EU, USA und Großbritannien herausfordern. Sie müsste die Euro-Schulden zurückweisen und im Gegensatz zu Syriza Brüssel trotzen. Sie sollte nicht die EU verlassen, sondern gegen die EU kämpfen und eine Kampagne für die Solidarität der europäischen ArbeiterInnenklasse im Kampf für ein sozialistisches Europa führen. Eine solche Regierung würde die Reichen besteuern, die einheimischen und ausländischen KapitalistInnen enteignen, die Banken und die Industrie ohne Entschädigung verstaatlichen und unter ArbeiterInnenkontrolle stellen, um so eine Brücke zum Sozialismus zu schlagen.

Dieses Sozialismusgespenst werden die KonzernchefInnen und ihr Staat erbittert bekämpfen. Deshalb müsste eine ArbeiterInnenregierung auf bewaffneten ArbeiterInnenräten basieren und diesen Räten gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Die SozialistInnen müssen eine revolutionäre sozialistische Alternative

aufbauen – eine neue ArbeiterInnenpartei, die in jeder Gewerkschaft, an jedem Arbeitsplatz und in jeder Gemeinde verwurzelt ist, den Kampf koordinieren kann und für eine 32 Grafschaften zählende ArbeiterInnenrepublik streitet.

---

# **Britannien nach der Labour-Niederlage - das Scheitern einer Strategie**

*Red Flag, 13. Dezember 2019, Neue Internationale 243, Dezember 2019/Januar 2020*

Die krachende

Niederlage für die Labour-Partei durch Boris Johnson ist ein bitterer Tag für Millionen von klassenbewussten ArbeiterInnen und die meisten jungen Menschen.

Mit 365 Sitzen

im Unterhaus verfügt der britische Trump nun über eine absolute Gesamtmehrheit

- ein Zugewinn von 48 Sitzen, während Labour 60 verlor. Jeremy Corbyn hat angekündigt, dass er als Vorsitzender zurücktreten werde, sobald die Partei die Ergebnisse der Niederlage analysiert hat. Der prozentuale Zuwachs der Konservativen war mit 1,2 % nicht sehr groß, der Verlust von Labour lag jedoch bei fast 8 %.

# Wahlkampf

Wie Jeremy

Corbyn selbst erklärte, war es Brexit, der die Berücksichtigung der radikalen Versprechen

des Wahlmanifests verschleierte. Das Problem ist, dass die Führung den Wahlkampf so geführt hatte als lebten wir noch im Jahr Wahl 2017, als Brexit noch nicht im Vordergrund stand und die Sparpolitik das Schlüsselthema bildete. Seitdem prägte die Brexit-Lähmung das Land, und die Tories haben demagogisch und vage versprochen, in Gesundheitswesen und Infrastruktur zu investieren.

Was Corbyn nicht

zugeben kann, ist, dass es die hoffnungslose Mehrdeutigkeit der Botschaft Labours war, die die Partei in Bezug auf das zentrale Wahlkampfthema verwundbar

machte, und alle Versuche, davon abzuweichen, scheiterten kläglich. Die Aushandlung eines arbeiterInnenklassenfreundlichen Brexit-Deals mit der EU und die Durchführung eines weiteren Referendums verwirrten die WählerInnen und machten sie anfällig für die einfache „Ziehen wir den Brexit durch“-Botschaft von Johnson. Anstatt sowohl Labour Brexiteers als auch Remainers zu gefallen, gefiel die Labour-Politik beiden nicht, betrachteten sie beide Seiten zurecht als unklar und ausweichend.

Ein Hauptthema

der liberalen Presse und der BBC, die alles in ihrer Macht Stehende taten, um Corbyn zu einer Hassfigur zu machen, bestand darin, ihn als einen „Antisemiten“ hinzustellen, weil er die PalästinenserInnen unterstützte, als einen „Terroristenanhänger“ wegen seine Gespräche mit irischen RepublikanerInnen und einen „privilegierten“ Londoner (als ob die Hauptstadt nicht viele Bezirke hätte, die so verarmt sind wie jede nördliche Stadt).

Ein so genannter roter Gürtel von Wahlkreisen im Nordosten Englands, im Norden und in den Midlands - die meisten in kleinen Städten, die seit den 1980er Jahren einen massiven industriellen Niedergang erlebt haben - wurde blau umgefärbt. Die Tories siegten dort. Aber es ist falsch, ihn als Kernland der Labour Party zu bezeichnen, außer in einem historischen Sinne.

Dies sind Bereiche, in denen unter Tony Blairs und Gordon Browns New Labour von 1997-2010 wenig getan wurde, um neue tariflich bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen oder angemessene Wohnungen zu errichten. Sie waren auch jene Bereiche, in denen im Allgemeinen rechte Labour-Abgeordnete und Ortsgruppen vertreten waren, die vom Corbyn-Zustrom von Mitgliedern wenig berührt wurden.

Aber ihr Abschneiden wird bereits benutzt, um Corbyn und die von ihm vertretene linke Politik zu diskreditieren, indem behauptet wird, er habe die ArbeiterInnenklasse für die privilegierten Eliten Londons und des Südostens vernachlässigt. Hier werden Vorurteile gegen MigrantInnen als Charakterzug der ArbeiterInnenklasse herbeizitiert - ähnlich dem Argument, das über Trumps „Basis“ in den Rostgürtelstaaten der USA verbreitet wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Dämonisierung von Jeremy Corbyn in den Boulevardzeitungen, die von den meisten gewöhnlichen Menschen gelesen werden, die Sichtweise auf ihn seit 2017 massiv negativ beeinflusst hat.

Aber in Wirklichkeit wählten in den Großstädten im Norden (Liverpool, Manchester, Leeds und große Teile von Birmingham), also Zentren der multiethnischen ArbeiterInnenklasse und die Beschäftigten im Gesundheitswesen, in der Bildung,

im Verkehr und vor allem die Jugendlichen Labour. Hinzu kommt Schottland, wo unter New Labour die große Mehrheit der Sitze an die schottischen NationalistInnen verloren ging, einschließlich der gesamten ArbeiterInnenklasse Glasgows, einem echten Labour-Kernland. Die SNP stahl die reformistischen Kleider der Labour Party, um ihren kleinbürgerlichen Nationalismus und die reaktionäre Chimäre eines unabhängigen bürgerlichen Schottlands zu verkleiden.

Die Hoffnungen

der Labour-UnterstützerInnen und der Jugend, die Verwüstungen der Sparprogramme

umzukehren und den Klimawandel nach einem Wahlsieg ernsthaft anzugehen und die gewerkschaftsfeindlichen

Gesetze abzuschaffen, sind grausam zerschlagen worden. Bewaffnet mit einer riesigen Unterhaus-Mehrheit, mit einem Blankoscheck für sein reaktionäres Programm, müssen wir uns auf ein Johnson-Kabinett von Thatcher-SchülerInnen vorbereiten, das eine Reihe von wirtschaftlich und sozial reaktionären Angriffen einleiten wird.

## **Was droht?**

Großbritannien

wird Europa am 31. Januar 2020 mit einer Regierung verlassen, die entschlossen ist, ein bestehende ArbeiterInnenrechten und Umweltvorschriften aufzuheben und die Wirtschaft des Landes für Trumps „massive“ Handelsabkommen zu öffnen.

Der

Karneval der Reaktion, vor dem InternationalistInnen seit dem Referendum 2016 gewarnt haben, wird noch schlimmer werden, wenn die ArbeitsmigrantInnen vom Kontinent unter Druck gesetzt werden zu gehen.

Kurz gesagt, ein

kaltes, dunkles Jahrzehnt bricht an – eines, dessen Herausforderungen das Chaos von Brexit, eine sich nähernde schwere Rezession, der Beginn des Klimawandels

und die Gefahr eines Krieges ausmachen werden, wenn Trump versucht, Amerika wieder groß zu machen. All dies deutet auf die Unvermeidlichkeit harter vor uns liegender Klassenkämpfe hin.

Sowohl die

Labour-Partei als auch die Gewerkschaften müssen dringend die Lehren aus dieser

Niederlage ziehen, wenn sie für diese Kämpfe fit gemacht werden sollen. Sie werden

nicht in sozialen Medien oder durch Wahlkampf und ein „Weiter so im alten Trott“ gewonnen, sondern müssen auf der Straße und am Arbeitsplatz ausgetragen

werden. Dazu brauchen wir eine Kampfpartei, und Labour hat sich als alles andere als eine solche erwiesen.

Obwohl die

Corbyn-Bewegung die Größe der Partei mehr als verdoppelte, stellte sie ihre Abgeordneten im Parlament und ihre kommunalen VertreterInnen nicht unter demokratische Kontrolle, gab sie den Jugendlichen, die für ihn kämpften, kein wirkliches Mitspracherecht in der Parteipolitik. Schlimmer noch, drei Jahre lang hielt sie eine halbe Million Mitglieder außer für Wahlkampfmaßnahmen still.

Eine Niederlage

in einer solchen Größenordnung deutet auf ein grundlegendes Scheitern der Strategie hin. Natürlich gab es eine Pressekampagne der Verunglimpfung.

Natürlich hat der rechte Flügel der Partei die Vorwürfe von „Antisemitismus“ und „Terrorismus“ stillschweigend geduldet, und das hat zur Niederlage beigetragen.

Natürlich verleumdete die Medien Corbyn selbst, unterstützt durch den Versuch, einen Persönlichkeitskult um ihn herum aufzubauen, muss man sagen.

Aber all dies war zu erwarten, und eine sinnvolle Strategie müsste dem entgegenwirken und sich gerade nicht für ihre Prinzipien entschuldigen bzw. gar für völlig aus der Luft gegriffene, erfundene Anschuldigungen.



Die

grundlegenden Fehler waren mehrfach: zuerst die Befriedung des rechten Parteiflügels, dann der ZionistInnen und dann, der entscheidende Fehler, der „LexiterInnen“. Außerdem war es drei Jahre lang nicht gelungen, Labour zu einer Partei zu machen, die gegen die Sparmaßnahmen der Tories kämpfte und nicht nur auf eine Wahl wartete.

Die mangelnde

Bereitschaft, ja die Weigerung, einen offenen Kampf gegen die Rechten zu führen, ging mit der Weigerung einher, die neu eingetretenen linken Mitglieder in der Partei zu einer unabhängig orientierten politischen Strömung werden zu lassen. Der Mechanismus dafür war die Unterstützung von Jon Lansmans (Mitglied der Leitung von Labour) Putsch in Momentum, der aus einer vielversprechenden Initiative der Parteilinken zunächst eine Spielwiese und dann ein Hindernis für den Aufbau einer antikapitalistischen Strömung machte.

Die

Beschwichtigung der Rechten verkehrte Jeremy Corbyns prinzipielle Haltung der Unterstützung von ArbeiterInnenbewegungen im Inland und antiimperialistischer Bewegungen im Ausland, die Hunderttausende zum Beitritt zur Partei bewogen, zur Hauptwaffe gegen ihn.

Wenn ihn das

schwächte und die Bewegung hinter ihm, so führte die andere Seite seiner Politik, die Fantasie des linken Flügels von einem nationalen parlamentarischen Weg zum Sozialismus, zu seiner und der Niederlage der Partei. Diese „Strategie“ machte das Verlassen der EU zur Voraussetzung für den sozialistischen Fortschritt und brachte Corbyn und Co. damit auf die gleiche Seite der Brexit-Debatte wie Farage und Bannan, Trump und Johnson.

Das Bekenntnis

zu dieser Strategie stärkte den Widerstand gegen die Demokratisierung der Partei und ihrer Beziehungen zu den Gewerkschaften. Auf der letzten Konferenz reichten Hunderte von Labour-Wahlkreisen, eindeutig die Mehrheit der Mitglieder, Anträge zur Unterstützung von „Verbleib in der EU“ ein. Angesichts dessen bestanden die „Lexiteers“ (linke Brexit-BefürworterInnen) im Führungsgremium und die Gewerkschaftsbürokratie auf Brexit, fügten aber ein Referendum hinzu und produzierten die sicherlich am wenigsten überzeugende Kampagnenstrategie aller Zeiten.

Zu behaupten,  
dass es bei den Wahlen „wirklich“ um das Gesundheitswesen, Obdachlosigkeit und  
Bildung ging, während die ganze Welt wusste, dass der Brexit im Zentrum stand,  
durchzog  
die Kampagne der Labour Party wie ein Krebsgeschwür. Dass Corbyn dies erst  
nach  
der Niederlage erkannte, zeigt, wie falsch seine Strategie war.

Anstatt durch eine  
konzertierte Kampagne, um zu erklären, was Brexit bedeuten wird, warum es von  
der US-Alt-Right-Regierung unterstützt und finanziert wurde und Labour trotz  
des Referendums weiterhin dagegen argumentiert, verpflichteten die  
Corbyn-Führung und ihre Verbündeten die Partei zu der lächerlichen Idee, dass  
eine Labour-Regierung (welche Labour-Regierung?) ein Abkommen aushandeln  
würde,  
das alle Vorteile und Standards der EU-Mitgliedschaft beibehielte - und  
gleichzeitig die Union verlassen würde!

## **Ergebnisse und Perspektiven**

Das Ausmaß der

Niederlage von Labour – die Partei wurde nicht nur geschlagen, sondern regelrecht verprügelt – ist historisch. Freitag, der 13., wird als Wendepunkt in Erinnerung bleiben, nicht nur für die Partei, sondern auch für das Land. Aber eine Wendung in welche Richtung? Es muss eine grundlegende Bilanz und es sollte einen Bruch geben geben.

Die Blair-AnhängerInnen haben darauf gelauert und ihre Messer geschärft, während sie gewartet haben. Sie werden darauf bestehen, dass die Partei offen für die EU hätte sein sollen und nie ein radikales Programm verabschiedet haben dürfte. Die LexiterInnen, die immer bereit sind, dem Patriotismus und den rückständigsten Teilen der Klasse Vorschub zu leisten, werden ebenso darauf bestehen, dass die Partei offen gegen die EU hätte sein und Corbyns eigene Opposition gegen die Freizügigkeit stärker hätte betonen sollen.

Die sozialistischen InternationalistInnen in der Partei müssen sich diesen beiden falschen Strategien widersetzen, diesen beiden Ausreden für das Scheitern. Unser Internationalismus ist nicht der der pro-europäischen Rechten, deren Ziel es ist, dem britischen Kapital einen einfachen Zugang zum größten und reichsten Handelsblock der Welt zu sichern. Unser Sozialismus ist nicht der der LexiterInnen, die törichterweise glauben, dass das britische Kapital im Gegensatz zum EU-Kapital die radikale Verstaatlichung und Planung sanftmütig akzeptieren wird, falls Labour jemals eine parlamentarische Mehrheit gewinnen würde.

Unser Internationalismus basiert auf der Richtigkeit von Marx' These, dass die ArbeiterInnenklasse kein Vaterland hat. Es war keine lediglich rhetorische Floskel: Der Kapitalismus ist ein internationales Wirtschaftssystem, in dem das Kapital die Arbeit auf der ganzen Welt ausbeutet, sich aber im Besitz der herrschenden Klassen befindet, die auf dem Boden der Nationalstaaten verwurzelt

sind. Im Gegensatz dazu verkauft die ArbeiterInnenklasse ihre Arbeitskraft an KapitalistInnen, die ihren Sitz überall auf der Welt haben können. Als Klasse ist sie daher international, obwohl sie natürlich in bestimmten Ländern lebt und arbeitet.

Aufgrund ihres nationalen Charakters können die KapitalistInnen Europas es niemals friedlich in einen einzigen, multinationalen Staat integrieren. Die ArbeiterInnen Europas arbeiten jedoch bereits für Unternehmen, die nicht nur die nationalen Grenzen innerhalb der EU, sondern aller Kontinente der Welt überschreiten. Diese Unternehmen selbst sind Finanzinstituten untergeordnet, die Investitionen dorthin lenken, wo sie die höchsten Gewinne erwarten. So werden alle europäischen ArbeiterInnen, ja alle ArbeiterInnen der Welt, vom internationalen kapitalistischen System ausgebeutet - und hegen ein gemeinsames Interesse daran, diese Ausbeutung zu beenden.

Nach einer so heftigen Niederlage wird es zu Recht einen intensiven internen Kampf innerhalb der Labour-Partei geben. In diesem Kampf müssen sich die sozialistischen InternationalistInnen um eine Strategie aufstellen, die sich aus diesem Weltbild ableitet, eine Strategie, die die gemeinsamen Interessen aller ArbeiterInnen fördert und die Organisationen und Ziele vorschlägt, die diese Interessen voranbringen können.

Johnsons Brexit

wird eine Offensive gegen die Rechte der ArbeiterInnen, Beschäftigungssicherheit und Arbeitsbedingungen sowie gegen die Überreste des „Sozialstaates“ garantieren. Die Wahrscheinlichkeit eines internationalen Wirtschaftsabschwungs, ja sogar eines weiteren Finanzkollapses, wird die Krise in diesem Land verschärfen. Zweifellos werden die Tories und wahrscheinlich auch die LexiterInnen „Europa“ für ihre Leiden verantwortlich machen. Zweifellos wird auch die extreme Rechte zur Beschuldigung und zum Angriff auf MigrantInnen

und die Linke ermutigt werden.

Das sind die Bedingungen, denen sich die Linke stellen muss. Das ist die Realität, auf die eine revolutionäre Strategie eine Antwort bieten muss. „Red Flag“ hat seinen eigenen Vorschlag, ein Aktionsprogramm unterbreitet, das darauf abzielt, einen Weg nach vorn aufzuzeigen. Wir bieten es nicht als irgendein Ultimatum an, sondern als Vorschlag zur Diskussion und Änderung durch all diejenigen, ob in der Labour-Partei oder außerhalb, die die Notwendigkeit sehen, die Lehren aus dem „Corbynismus“ zu ziehen und sozialistische InternationalistInnen für die kommenden Kämpfe umzugruppieren.

---

## **Spanien: Hält die Verbindung der SozialistInnen mit den PopulistInnen?**

*Dave Stockton, Infomail 1078, 25. November 2019*

Die Parlamentswahlen vom 10. November, die zweiten in diesem Jahr und die vierten seit 2015, haben wieder einmal ein instabiles Parlament ohne absolute Mehrheit für eine Partei hervorgebracht. Sie markierten auch einen Rechtsruck, so wie bei den Wahlen im April ein Linksruck stattgefunden hatte. Dies ist unvermeidlich, wenn die reformistischen Parteien der Linken ein Ergebnis verplempern und ihre opportunistische Linie, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, fortsetzen.

Katalonien und die Forderung der EU nach anhaltender Sparpolitik werden über einem neuen Ministerium wie ein Damoklesschwert hängen. Unterdessen sollte der Aufstieg der extremen Rechten, in Form von Santiago Abascals Vox, die immer noch mächtigen linken Kräfte im spanischen Staat anspornen, aufzustehen und zu erkennen, dass direkte Massenaktionen, der Klassenkampf auf den Straßen und an den Arbeitsplätzen, der einzige Weg sind, eine Katastrophe zu vermeiden.

Pedro Sánchez' Sozialistische Partei PSOE ist mit 120 Sitzen immer noch die größte Partei im Kongress und hat beschlossen, eine Koalition mit Pablo Iglesias' Unidas Podemos, UP, zu bilden, obwohl Sánchez dies seit den Wahlen im April vermieden hatte. Jetzt, da die PSOE jedoch 3 Sitze und UP 7 verloren und Vox ihre Sitze mehr als verdoppelt hat, von 24 auf 52, sieht Sánchez keine Alternative.

Aber auch gemeinsam wissen die beiden Parteien nur 155 Mitglieder des Kongresses hinter sich, und 176 Sitze werden für eine absolute Mehrheit benötigt. Darüber hinaus verfügt die PSOE über einen bedeutenden rechten Flügel, der die Idee einer Verbindung mit Podemos verabscheut und sich ein Bündnis mit Parteien der Rechten oder rechten Mitte wie Ciudadanos (BürgerInnen) gewünscht hätte. Diese Option verflüchtigte sich mit dem Zusammenbruch von Ciudadanos von 57 auf nur 10 Sitze. Ihr Führer und Gründer, Albert Rivera, legte nicht nur seine Parteimitgliedschaft, sondern auch seinen Sitz im Parlament nieder, um ins Privatleben zurückzukehren.

# Eine Ehe im Himmel ... oder in der Hölle?

Die

theatralische Umarmung, mit der Sánchez und Iglesias ihren Regierungspakt feierten,

war offensichtlich von Iglesias' Seite her herzlicher. Gegen den Widerstand sowohl von Sánchez als auch von der antikapitalistischen Linken in Podemos hatte er sich für einen Vorwahlpakt mit der PSOE eingesetzt. Jetzt ist klar, dass er bereit ist, mit der PSOE den ganzen Weg zu gehen.

„Sánchez weiß,

dass er auf unsere absolute Loyalität zählen kann. Es ist an der Zeit, alle Kritikpunkte

hinter sich zu lassen ... und Seite an Seite an der historischen und spannenden Aufgabe zu arbeiten, die vor uns liegt.“ Seine Ausrede für das Abstreifen der früheren ätzenden Kritik von Podemos war, dass eine von PSOE und Podemos geführte Regierung „der beste Impfstoff gegen die extreme Rechte“ sein würde.

Der hohe Preis,

der gezahlt werden müsste, um Vizepremier zu werden, war im September klar. Damals sagte Iglesias, wenn der Oberste Gerichtshof eine schwere Strafe gegen die katalanischen UnabhängigkeitsführerInnen verhängen würde: „Offensichtlich haben wir bereits gesagt, dass wir, obwohl wir eine Position des Dialogs bezogen, das Gesetz und die Führungsposition der PSOE akzeptieren werden“.

Kein Wunder,

dass Sánchez nach ihrer Umarmung sagte: „Danke für die Großzügigkeit.“

Beide Führer

läuteten die Bedeutungsveränderungen für das Wort „progressiv“ ein. Sánchez

betonte: „Es wird in jedem Fall eine progressive Regierung sein. Eine progressive Regierung, die aus fortschrittlichen Kräften besteht, die sich für den Fortschritt einsetzen werden.“

Iglesias

seinerseits schwärmte: „Ich freue mich, heute zusammen mit Pedro Sánchez bekanntzugeben, dass wir eine vorläufige Einigung über die Bildung einer fortschrittlichen Koalitionsregierung erzielt haben, die die Erfahrung der PSOE mit dem Mut von Unidas Podemos verbindet“.

Doch selbst dann

wird diese Koalition im 350-sitzigen Kongress, der unteren Kammer der Cortes, des spanischen Zweikammersystems, keine Mehrheit finden.

Sowohl die

SozialistInnen als auch Podemos wurden durch die Wahl tatsächlich geschwächt. Die Partei von Iglesias litt unter der Konkurrenz durch ihren Mitbegründer und Hauptideologen Íñigo Errejón. Seine Partei Más País, (Mehr Land), die Podemos-IU bereits bei den Madrider Stadtwahlen im Mai niedergedrückt hatte, gewann im November drei Sitze. Errejón begrüßte auch den Koalitionsvertrag und

sagte, seine drei Abgeordneten würden für die Amtseinsetzung von Pedro Sánchez

im Kongress stimmen.

Tatsächlich war

die Seifenblase der linken PopulistInnen, die Idee, dass sie sowohl die PSOE als auch die rechte Partido Popular, PP, die Parteien von la Casta, die Kaste, wie sie das korrupte politische Establishment nannten, hinwegfegen könnten, längst zerplatzt. In den vergangenen sechs Monaten hatte Sánchez Iglesias' Aufruf zur Bildung einer Koalition abgelehnt und gesagt, dass ihm der bloße Gedanke Alpträume bescherte. Alptraum für den einen - ist ein Traum für den anderen wahr geworden? Wir werden es in den kommenden Monaten sehen.



# Katalonien, das größte Hindernis

In ihrer Koalitionsvereinbarung erklären die beiden linken Parteien: „Die spanische Regierung wird der Gewährleistung des sozialen Friedens in Katalonien und der Normalisierung des politischen Lebens Priorität einräumen. Zu diesem Zweck wird sie den Dialog in Katalonien organisieren und nach Formulierungen suchen, die zu einem gemeinsamen Verständnis und zur Versöhnung führen, immer im Rahmen der Verfassung.“

Die gemeinsamen Versprechen von Dialog und Gehorsam gegenüber der Verfassung stehen im Mittelpunkt der widersprüchlichen Lage, der sich die RegierungspartnerInnen gegenübersehen.

Um seine Amtseinführung sicherzustellen und eine Regierung zu bilden, braucht Sánchez die Unterstützung der regionalen nationalistischen Parteien. Die Baskische Nationalpartei hat 6 Sitze und die EH Bildu, Baskenland versammelt, fünf. Selbst mit ihrer Unterstützung reicht dies nicht aus, um eine stabile Regierung zu bilden. Sánchez braucht die KatalanInnen oder zumindest die größten ihrer Gruppen. Hier stellt reaktionäre Tradition der PSOE, die Partido Popular und die Verfolgung und Unterdrückung der Unabhängigkeitsparteien, die nun 23 Sitze im Kongress einnehmen, durch den Obersten Gerichtshof zu unterstützen, die Partei vor ein Dilemma.

In Katalonien gibt es die beiden wichtigsten nationalistischen Parteien, die Esquerra Republicana, Republikanische Linke von Katalonien-Souveränität, ERC-S, mit 13 Sitzen und Junts pro Katalonien, Gemeinsam für Katalonien, JxCat, mit 8. Die

Esquerra möchte eindeutig eine PSOE-U-Podemos-Regierung unterstützen, hat aber unter dem Druck von JxCat die Bedingung gestellt, dass die Koalition eine moderierte Diskussion mit den katalanischen Parteien auf die Tagesordnung setzt. Sánchez hat es oft abgelehnt, dass die Selbstbestimmung auf der Tagesordnung steht. Darüber hinaus führt Esquerra eine Abstimmung ihrer Mitglieder zu diesem Thema durch, und die linke CUP mit zwei Sitzen will eine einheitliche Front, um jegliche Verhandlungen mit Sánchez abzulehnen.

Zur Zeit sind

weder die PSOE noch die U-Podemos bereit, den Zorn des Obersten Gerichtshofs oder ihres eigenen rechten Flügel zu riskieren, indem sie den KatalanInnen etwas Wesentliches anbieten. Selbst wenn sie es täten, würde die reaktionäre Justiz des spanischen Staates schnell eingreifen und dies für verfassungswidrig erklären.

Carles

Puigdemont, ehemaliger Präsident der Katalanischen Generalitat (Gesamtheit der politischen Selbstverwaltungsinstitutionen), bleibt im Exil, weil die Madrider Gerichte versuchen, ihn nach Spanien ausliefern zu lassen. Am 14. Oktober verurteilte der Oberste Gerichtshof von Madrid neun der für das Unabhängigkeitsreferendum verantwortlichen AnführerInnen und von Madrid im Oktober 2017 abgesetzten MinisterInnen zu Gefängnisstrafen von 9 bis 13 Jahren.

Dazu gehören der

Vizepräsident Oriol Junqueras, Außenminister Raül Romeva und Innenminister Joaquim Forn. Zu ähnlichen Strafsätzen verurteilt wurden auch Carme Forcadell, Präsidentin des katalanischen Parlaments und die „zwei Jordis“, Jordi Sànchez von der katalanischen Nationalversammlung und Jordi Cuixart von Òmnium Cultural, deren Organisationen für die Massendemonstrationen und Streiks um das Referendum verantwortlich gemacht wurden.

Die Verkündung

dieser Urteile führte zu dreiwöchigen Massenprotesten mit gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Polizei und jungen DemonstrantInnen, die in den größten

Städten Kataloniens Barrikaden errichteten. Ein Generalstreik brachte eine halbe Million Menschen auf die Straßen von Barcelona. Die Polizei feuerte Gummigeschosse ab und setzte Gaskanister und Wasserwerfer ein. Dutzende wurden verhaftet und verletzt.

Der derzeitige

Präsident der Generalitat, Quim Torra, verurteilte die Gewalt der DemonstrantInnen und forderte deren Einstellung. Pedro Sánchez weigerte sich jedoch, mit Torra zu sprechen, und behauptete, dessen Verurteilung sei nicht eindeutig genug. Damit setzte die PSOE ihre Linie fort, die polizeiliche Repression zu unterstützen und sich zu weigern, mit den katalanischen AnführerInnen zu verhandeln, wenn sie nicht auf die Hauptforderungen ihrer AnhängerInnen verzichteten.

Der Oberste

Gerichtshof erhöhte den Druck und rief Torra auf, am 18. November wegen „Ungehorsams“ vor ihm zu erscheinen, nämlich wegen seiner Langsamkeit, gelbe Bänder von öffentlichen Gebäuden zu entfernen, die Symbole der Solidarität mit den inhaftierten AnführerInnen der Unabhängigkeitsbewegung sind. Die RichterInnen konnten ihn verurteilen, damit er entlassen und vom Amt ausgeschlossen wird.

Auch wenn die

bürgerlichen katalanischen NationalistInnen es verabscheuen würden, den Weg zu

einer rechten Koalition zu öffnen oder eine große Koalition aus PSOE und PPS zu sehen, könnten sie die Regierung kaum lange unterstützen, da ihre AnführerInnen

im Gefängnis schmachten und die von Diktator Franco geschaffene Militärpolizei Guardia Civil regelmäßig auf DemonstrantInnen auf den Straßen von Barcelona, Girona, Lleida (Lérida) und Tarragona losging.

Andererseits ist

es sicher, dass der mächtige rechte Flügel der PSOE, wenn Sánchez versucht, sie zu begnadigen, geschweige denn dem Antrag auf ein legales Referendum über die Selbstbestimmung stattzugeben, sich auflehnen würde, um es zu verhindern.

Ganz

zu schweigen von den Eingriffen des Obersten Gerichtshofs und von König Felipe VI., der in der Verfassung die „unauflösliche Einheit und Beständigkeit“ des spanischen Staates verkörpert. Es gäbe auch die „Kleinigkeit“ der Massenmobilisierungen durch Vox und die extreme Rechte.

Die

Vox-Mitglieder sind offene BewunderInnen von Franco und seiner blutigen Unterdrückung, beschuldigen muslimische Migranten, hinter einer Welle von Bandenvergewaltigungen in Südspanien zu stecken, wollen alle secessionistischen Parteien ächten, die Autonomieregierung für Katalonien beenden und die Todesstrafe für Verrat, einschließlich des Strebens nach Unabhängigkeit, wiederherstellen. Der Aufstieg von Vox ist die spanische Version der rechtspopulistischen Welle in Polen, Italien, Frankreich, Ungarn, Deutschland und natürlich in Brexit-Großbritannien.

## **Kampf gegen die Sparpolitik**

Seit der Großen

Rezession 2008 und der Staatsschuldenkrise ist Spanien wie andere Mittelmeerstaaten der Europäischen Union zu massiven Einschnitten bei den Sozialausgaben gezwungen und litt unter einer strafenden Arbeitslosigkeit, die 2013 auf einen Höchstwert von 26,95 Prozent stieg und bei der die

Jugendarbeitslosigkeit 50 Prozent erreichte. Eine große Zahl junger SpanierInnen ist auf der Suche nach Arbeit in andere EU-Länder gegangen. Erst 2017 erreichte das spanische Bruttoinlandsprodukt das Niveau vor 2008, jedoch scheint sich das Wachstum nun wieder zu verlangsamen.

Die Vereinbarung

zwischen der PSOE und U-Podemos verpflichtet eine neue Regierung, an einer „ausgeglichenen Haushaltspolitik“ festzuhalten, bei der neue Sozialprogramme aus höheren Einnahmen bezahlt werden müssen. Das Wahlmanifest von Podemos hatte

umfangreiche Regierungshaushalte zugesagt, um ein Jahrzehnt wilder Sparpolitik umzukehren. Da Brüssel eine strenge Finanzpolitik forderte und Spanien nach fünf Jahren der Erholung eine wirtschaftliche Verlangsamung erfuhr, bestand Sánchez darauf, in Gestalt der stellvertretenden Wirtschaftsministerin Nadia Calviño, einer ehemaligen hochrangigen Beamtin der Europäischen Kommission, die

Geschicke in „sichere Hände“ zu übergeben, wie es die EU wünschte.

Ein weiteres

Dilemma ist die Forderung der beiden größten spanischen Gewerkschaftsverbände,

der Comisiones Obreras, CCOO, ArbeiterInnenkommissionen, und der Unión General

de Trabajadores, UGT, der Allgemeinen ArbeiterInnenunion, nach der Aufhebung der Arbeitsreform 2012 von PP-Premier Mariano Rajoy, die den Weg zu einem weiteren Rückgang der Reallöhne und unsicheren Teilzeit- und

Zeitarbeitsverträgen für ArbeiterInnen, insbesondere für Jugendliche, ebnete.

Vor allem auf dieser Basis ist die Arbeitslosigkeit auf rund 15 Prozent gesunken.

Es bedarf einer

massiven Mobilisierung der ArbeiterInnen, um eine Koalitionsregierung zu zwingen, den Forderungen der ArbeiterInnenschaft nachzukommen.

# Für das Recht auf Selbstbestimmung

Das derzeit

brennendste demokratische Recht ist das Recht der KatalanInnen auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf ein Referendum, das die Möglichkeit beinhaltet, sich vom spanischen Staat zu trennen. Bisher zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der katalanischen BürgerInnen trotz oder wegen der Repressionen aus Madrid dies nicht wünscht. Nur eine freie Abstimmung, bei der beide Seiten ohne Unterdrückung ihre Sache verfechten können, könnte dies entscheiden. Zu diesem Zweck sollten die Guardia Civil und alle „spanischen“ Polizeikräfte zurückgezogen und ein gleichberechtigter Zugang zu den Medien gewährleistet werden.

Es ist ein

Skandal, dass die PSOE den Obersten Gerichtshof und das bestehende verfassungsmäßige

Verbot der katalanischen Selbstbestimmung unterstützt, und offenbart, wie weit von der Demokratie, geschweige denn vom Sozialismus entfernt die Partei ist und wie wenig sie das Vertrauen der ArbeiterInnen verdient, dass die Partei sie gegen die sozialen und wirtschaftlichen Angriffe des Großkapitals verteidigen wird.

Obwohl Podemos die Definition Spaniens als plurinationalen Staat, die verfassungsmäßige Definition Kataloniens als Nation und das Recht auf ein Unabhängigkeitsreferendum unterstützt, behaupten die PopulistInnen ausweichend,

dass dies nur beratend der Fall sein sollte.

Dennoch sollten

RevolutionärInnen sich nicht für die Abspaltung der autonomen Region einsetzen, es sei denn, eine Mehrheit hat ihren Willen dazu bekundet. Katalonien, als der am weitesten entwickelte Teil des spanischen Staates, ist keine wirtschaftlich ausgebeutete Kolonie oder Halbkolonie. Die NationalistInnen, die sich darüber beklagen, dass die Steuern der Region den unterentwickelten Teilen des

spanischen Staates zugutekommen, zeigen lediglich ihren Appetit, ihre eigene Kapitalakkumulation zu maximieren.

Der Hauptgrund

für die Ablehnung der Unabhängigkeit besteht darin, dass sie die Einheit der ArbeiterInnenklasse auf der gesamten Halbinsel und sogar in Katalonien selbst schwächen würde, wo eine Mehrheit in soliden ArbeiterInnenklassengebieten gegen

eine Trennung ist. Nicht zuletzt wird es den Kampf gegen die Überreste des Francoismus und des spanischen Imperialismus schwächen.

Neben der

nationalen Frage beinhaltet der Kampf für Demokratie die Notwendigkeit, das gesamte schmutzige Erbe der Franco-Diktatur zu beseitigen, das 1978 von den reformistischen Parteien im Moncloa-Pakt akzeptiert und in die Verfassung eingebettet wurde, einschließlich der Monarchie, des Senats und des Obersten Gerichtshofs. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) und die PSOE haben dieses Verfassungssystem mitverantwortet, und letztere hat es unter den Ministerpräsidenten Felipe González (1982-1996) und José Luis Zapatero (2004-2011) erhalten.

Dieser gesamte

reaktionäre Schrott muss weggefegt werden, aber dazu bedarf es revolutionärer Massenaktionen, nicht nur Wahlen. Es sollten Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung abgehalten werden, die auf einem Verhältniswahlssystem ohne Mindestschwelle und mit Stimmen für alle Personen über 16 Jahre basieren. Die Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien sollten solche Wahlen überwachen und Kampagnen führen für eine ArbeiterInnenregierung auf der Grundlage der ArbeiterInnenorganisationen, die ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Nicht zuletzt

mit dem Aufstieg von Vox besteht eindeutig die Notwendigkeit, andere demokratische Rechte zu verteidigen und zu erweitern, darunter das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch, Gleichstellung von LGBTQ+ und der Geschlechter auf staatlicher und regionaler Ebene. Es muss eine antifaschistische Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse, einschließlich Verteidigungsgruppen, gebildet werden, um ArbeiterInnen im Kampf oder MigrantInnen unter Beschuss zu schützen.

---

# Thüringen nach der Wahl: Was nun Linkspartei?

*Tobi Hansen, Neue Internationale 242, November 2019*

Thüringen bildete den Abschluss der ostdeutschen Landtagswahlen. Wenn auch in der Tendenz - Wachstum der AfD, Bestätigung der Partei des Ministerpräsidenten als stärkster Kraft - ähnlich, entscheidet sich das Ergebnis doch in einem wesentlichen Punkt. Während in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen die „Parteien der Mitte“ (noch) über eine absolute Mehrheit verfügen, stellen in Thüringen Union, SPD, Grüne und FDP gemeinsam weniger als die Hälfte der Abgeordneten.

Die beiden stimmenstärksten Parteien und Siegerinnen der Wahlen vom 27. Oktober, Linkspartei und AfD, vereinen mehr als die Hälfte der ParlamentarierInnen auf sich. Die bürgerliche „Mitte“ reagiert „geschockt“ und verstört. In der „Mitte“, zwischen den beiden „Extremen“ AfD und Linkspartei, ließe sich keine Regierung bilden.



Der Schock sitzt tief – diesmal vor allem bei der CDU. Dass SPD und Grüne verloren, überrascht nach den Umfragen der letzten Wochen nicht wirklich. Allein die Linkspartei vermochte diesmal die „Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung“ und den Ministerpräsidentenbonus für sich zu verbuchen, so dass sie an Stimmen und Abgeordneten sogar weiter zulegen konnte, während ihre Koalitionspartnerinnen verloren. Sie erzielte 31 % (plus 2,8 %) und damit 29 Sitze im Landtag.

Die FDP schaffte mit 5 % knapp den Einzug in den Landtag, was mit dazu beitrug, dass Rot-Rot-Grün über keine Mehrheit im Landtag verfügt. Die Liberalen feierten diesen „Sieg“, als hätten sie ein politisches Wunder vollbracht – ein Zeichen dafür, wie gering mancherorts die politischen Erwartungen geworden sind.

Dramatisch sind die Ergebnisse der Parteien der Großen Koalition. Die CDU verlor 11,7 % und sackte hinter Linkspartei und AfD mit 21,8 % auf Platz 3 ab. Die SPD fuhr eine weitere Schlappe ein und erreicht gerade 8,2 %, ein Minus von 4,2% gegenüber dem letzten Urnengang.

Die Berliner Regierungsparteien kommen so auf 30 %, das schlechteste Ergebnis der ehemaligen „Volksparteien“. Auch die Grünen schafften nur 5,2 %.

Die AfD beendete die ostdeutschen Landtagswahlen erwartungsgemäß. Wie in Brandenburg gelang es ihr, vor der CDU zu landen und mit 23,4 % sich klar über der 20 %-Marke zu etablieren. Auch wenn für Spitzenkandidat Höcke selbst die bürgerlichen Medien keinen Nazi-Vergleich scheuten, gab sich dieser nach den Wahlen biedermännisch-brav und offen für „bürgerliche“ Koalitionen mit der CDU. Im Wahlkampf vermied er weder

Hinweise

auf Machtergreifung noch NS-Rhetorik, nach der Wahl gibt Höcke eher den „Wolf im Schafspelz“.

## **Katastrophe für die Union**

Bis 2014 regierte die CDU in Thüringen meist alleine, manchmal in Koalition. Als Rot-Rot-Grün siegte, beschwor die Union den Wiedereinzug von SED und Staatssicherheit in die Erfurter Staatskanzlei. Der aktuelle CDU-Spitzenmann, Mohring, unterstützt auch die damalige rechten „Fackelmärsche“.

Nach der Wahl und vor allem nach einer relativ störungsfreien Regierung unter Bodo Ramelow in Thüringen, die nicht den Verfassungsschutz abschaffte, sondern diesem neue Stellen zusicherte, ruderte Mohring zurück. Für ihn scheint jetzt auch eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei denkbar, wenn auch nicht für seine Bundespartei. Dass gleichzeitig der CDU-Fraktionsvize Heym eine Koalition mit AfD und FDP ins Spiel bringt, die ebenfalls über eine Mehrheit im Landtag verfügen würde, verdeutlicht die tiefe Krise der Union, die vor allem in den ostdeutschen Ländern von der AfD als führende bürgerliche Kraft massiv herausgefordert wird. Während Mohring ganz den Landespolitiker gibt, nach dem Motto: „Was hat Berlin uns schon gebracht?“, z. B. beim Wahlkampf, beharrt der Bundesvorstand auf den geltenden Beschlüssen, nämlich dass es weder mit der Linkspartei noch mit der AfD Koalitionen geben dürfe.

Bundesvize Klöckner sieht gleich die CDU in der Bedeutungslosigkeit versinken, sollten diese „Tabus“ gebrochen werden, wie auch

Carsten Linnemann die „Beliebigkeit“ verhindern will. Auch hier wird der nahende Untergang befürchtet, zumindest das „Ende als Volkspartei“.

Während die Äußerungen führender VertreterInnen der Linkspartei befürchten lassen, dass diese derzeit wahrscheinlich sogar opportunistisch genug wäre, um mit der Union zu koalieren, zeigt die aufkommende Debatte die unsichere Führungslage in der herrschenden bürgerlichen

Partei offen auf. Parteichefin und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer ist umstritten, ihre mögliche KanzlerInnenkandidatur wird ständig angezweifelt, wie auch die mögliche Urwahl des/r KandidatIn ihre Rolle schwächt. Der gescheiterte Kandidat Merz holte via Springer-Presse vor allem gegen Kanzlerin Merkel aus. Diese führe zu wenig, die Große Koalition ruiniere das Land und er könne sich schwer vorstellen, dass das noch 2 Jahre so weitergehen könne. Sicher kennt er jemanden, der besser KanzlerIn kann, auch wenn ihm inzwischen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet ein wichtiger Konkurrent erwächst. Dies zeigt, dass der Fortbestand der „Großen Koalition“ eben nicht allein von der Entscheidung der SPD im Dezember abhängt, sondern dass auch in der Union weitere Krisen und Brüche zu erwarten sind.

Dabei wird die Frage einer Koalition mit der AfD nur solange ein Tabu bleiben, wie die Europastrategie des deutschen Kapitals und ihrer wichtigsten Partei, der CDU/CSU, auf die Formierung der EU zu einem imperialistischen Block zielt, der weltmachtfähig ist. Je mehr dieses Ziel jedoch in die Ferne rückt, je mehr die EU und damit Deutschland hinter ihren RivalInnen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zurückfallen, desto mehr werden Teile des deutschen Kapitals auf eine aggressiv-nationalistische Lösung, auf eine Alternative zur EU-Strategie drängen. Dann könnte die Stunde einer Koalition mit der AfD als extrem nationalistischer, rechtspopulistischer Kraft schlagen.

Die AfD hat in Thüringen nicht nur ihre Wahlerfolge konsolidiert. Zweifellos verschoben sich die Kräfteverhältnisse in der Partei auch weiter nach rechts, zugunsten des Flügels um ihren Spitzenkandidaten Höcke und den „Flügel“, das lose Netzwerk extrem nationalistischer, völkischer bis faschistischer Kräfte in der Partei. Am Parteitag in Braunschweig Ende November/Anfang Dezember ist eine weitere Stärkung dieser, von AfD-Fraktions-

und Parteivorsitzendem Gauland politisch gedeckter Kräfte zu erwarten. Die Frage ist zur Zeit nicht, ob der „Flügel“ stärker wird, sondern nur wie viel und in welcher Form.

## **Letzter Ausweg Regierungsauftrag?**

Für die Linkspartei dient ihr Spitzenergebnis gleich für mehrere Unterfangen. Erstmal sonnt sich die aktuelle Spitze im Ergebnis „ihres“ Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Ramelow. Damit wäre der Beweis für die Regierungstauglichkeit der Partei auch praktisch erbracht. Sie leitet davon gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten auch den Anspruch aufs Weiterregieren ab. Gegen die verlogene Rhetorik der „geschrumpften Mitte“ setzt die Linkspartei auch ihr Wahlergebnis ein. Sie will anhand ihrer Regierungspolitik der letzten fünf Jahre - nicht ganz zu Unrecht - auch als Teil der „Mitte der Gesellschaft“ anerkannt werden. Sie reklamiert für sich, dass sie stärkste Kraft der „Demokratie“ wäre, die mit allen „DemokratInnen“ - also allen außer der AfD - über Regierung, Koalition und Duldung sprechen will.

Wir wollen hier keine Kaffeesatzleserei betreiben. Aber die Tatsache, dass sich die Linkspartei auch „offen“ für ein Bündnis, eine Kooperation, eine Tolerierung mit und durch die CDU gibt, lässt Schlimmes befürchten. Zwar hat Fraktionschef Bartsch erklärt, dass es entscheidende Unterschiede zur Union gebe. Aber „Lösungen“ müssten auf Landesebene gefunden werden - und dafür müsse die Linkspartei vor Ort „freie“ Hand haben. Schließlich funktioniere eine Zusammenarbeit mit der CDU ohnedies schon lange auf kommunaler Ebene.

Während die Diskussion darüber die CDU in eine tiefe Krise stürzt, freut sich die Linkspartei als stärkste Kraft darüber, dass alle mit ihr reden müssen, dass eine Koalition gegen die Partei kaum möglich ist. Dass die CDU mit der Linkspartei sprechen wird, verbucht sie als „Erfolg“.

Hinsichtlich der vergangenen Legislaturperiode von 2014–2019 rühmt sich die Linkspartei, viele sozialpolitische Themen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht zu haben. Sie habe versucht, eine Abkehr von der neoliberalen Verwaltungspolitik auf Länderebene durchzusetzen. Dummerweise war sie aber auch an die Durchführung der übergeordneten Bundesgesetze gebunden, so dass der große Bruch mit der restriktiven Budgetpolitik bislang ausblieb. Ein wie auch immer geartetes Bündnis oder die Zusammenarbeit mit der Union würde auch die letzte Hoffnung auf dieses Unterfangen begraben, vor allem bei einer Koalition zwischen den beiden Parteien.

Eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung, Weiterführung der alten Koalition, die von Union und/oder FDP toleriert würde, wäre praktisch gelähmt. Selbst noch so geringfügige soziale Vorhaben könnten einfach blockiert werden.

Der einzige Ausweg, dass sich eine Linkspartei geführte Minderheitsregierung nicht auf Gedeih und Verderb an CDU, FDP oder auch die Grünen bindet, bestünde darin, dass sie mit ihrer Parlamentsfixiertheit bricht, auch wenn ein „Landesvater“ Bodo Ramelow als auf der Straße kämpfender Ministerpräsident schwer vorstellbar wäre. In jedem Fall müsste sich eine solche Minderheitsregierung, die ohne Koalitionen mit offen bürgerlichen Parteien auskommen will, auf die Mobilisierung der WählerInnen und AnhängerInnen der Partei stützen, vor allem auf die sozialen Bewegungen wie Fridays for Future, auf antirassistische und antifaschistische Kräfte und auf die Gewerkschaften. Immerhin haben lt. einer Umfrage des DGB überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder (36,5 %) Linkspartei gewählt, ein Zeichen dafür, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse von dieser Wahl durchaus reale Verbesserungen erwartet.

In jedem Fall würde eine solche Politik einen Bruch mit der bisherigen Strategie und Programmatik der Linkspartei erfordern. Eine Minderheitsregierung der Linkspartei wäre zwar selbst noch im Falle einer Alleinregierung dieser Partei eine bürgerliche Regierung – aber die

Mobilisierung um konkrete Forderungen auf der Straße und in den Betrieben könnte eine neue, fortschrittliche Dynamik in die Situation bringen.

Zweifellos ist diese Variante angesichts der Ausrichtung der Linkspartei extrem unwahrscheinlich. Eine solche Politik hätte aber enorme Vorteile, auch für den Fall, dass Ramelow und seine Partei von einer parlamentarischen Mehrheit gestürzt würden. Für diese wäre es überaus schwierig, selbst eine Regierung zu bilden. Genau diese instabile Situation, die der Linkspartei als größtes aller Übel erscheint, könnte durch eine massive Mobilisierung auf der Straße und in den Betrieben zu einer Chance werden, Gegenmachtstrukturen aufzubauen, die anderen Parteien durch die ArbeiterInnenklasse herauszufordern.

## **Wie gegen rechts?**

Für die Linkspartei und ihre Führung ist es jedoch bezeichnend, dass sich ihre Vorstellungen einzig auf das Feld parlamentarischer Kombinationen beschränken.

In den „liberalen“ bürgerlichen Medien wie SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung oder Die Zeit wird die CDU ziemlich direkt aufgefordert, ihre Hemmnisse gegenüber der Linkspartei abzulegen und irgendwie den Ministerpräsidenten Ramelow zu halten. Anders die konservativen Medien wie die Springer-Presse, die die „Radikalen“ als WahlsiegerInnen sehen, quasi Thüringen verloren zwischen SozialistInnen und Nazis. Auch die berüchtigten „Weimarer Verhältnisse“ werden bemüht. Eine Koalition mit den Linken wird als „Tabubruch“ betrachtet. Den liberalen Medien geht es praktisch um stabile Verhältnisse, notfalls auch mit der Linkspartei. Schließlich weisen sie zu Recht darauf hin, dass die Linkspartei längst nicht so „extrem“ ist, wie von FDP und CDU beschworen, und fest auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse,

von Parlamentarismus und „sozialer“ Marktwirtschaft steht. Als eigentliche Gefahr und die einzigen „ExtremistInnen“ gelten ihr – nicht so viel anders als der Linkspartei und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit – die Bösewichte von der AfD.

Im Kampf gegen rechts stellt die Bindung an bürgerliche Parteien für die ArbeiterInnenklasse ein strategisches Hindernis dar. Ohne eine politische Anerkennung der bürgerlichen Ordnung, des Privateigentums sind solche Bündnisse und erst recht Regierungskoalitionen oder Duldungen nie zu haben. D. h. sie kommen praktisch einer offenen Unterordnung unter die Interessen der herrschenden Klasse gleich. Auch wenn das „Bündnis der Demokratie“ in Regierungsform auf den ersten Blick als eine Stärkung im Kampf gegen die AfD und ihre faschistischen Verbündeten erscheint, weil es noch mehr gesellschaftliche Kräfte und Klassen umfasst, so stellt es in Wirklichkeit eine Schwächung des Kampfes dar. Stärkung träte nur ein, wenn die Kräfte eines solchen Bündnisses in eine Richtung ziehen würden. Im besten Fall ziehen aber ArbeiterInnenklasse und Kapital in entgegengesetzte Richtungen, paralysieren sich also und entfalten daher keine Kraft im Kampf gegen rechts. Im schlimmsten Fall – und so läuft es bei Koalitionsregierungen von offen bürgerlichen und reformistischen Parteien immer – ordnen sich die VertreterInnen der Linken den bürgerlichen unter, stärken also nur deren gesellschaftliche Position und schwächen damit die ArbeiterInnenklasse. Dass 22 % der Gewerkschaftsmitglieder in Thüringen AfD gewählt haben, verdeutlicht das Problem und die Gefahr, dass sich noch mehr Lohnabhängigen dem Rechtspopulismus zuwenden, wenn Linkspartei, SPD und Gewerkschaften auch noch gemeinsame Sache mit CDU und/oder FPD machen.

Das wird in Krisensituation, bei scharfen sozialen Konflikten, drohenden Massenentlassungen besonders fatal. Völkisch-nationalistische und populistische Kräfte wie die AfD können sich umso besser als VertreterInnen „des Volkes“ gegen die „demokratische“ Elite inszenieren, womöglich garniert mit Rassismus, Antisemitismus und demagogischem Anti-Kapitalismus.

Daher gilt es, an die Linkspartei in Thüringen die Forderung zu stellen: Keine Koalition mit CDU, FDP und Grünen! Schluss mit der Parlamentsfixiertheit! Mobilisierung für die Forderungen von Fridays for Future, für die sozialen Versprechungen der Partei wie kostenlose Kita-Plätze, für Mindestlohn, gegen rassistische und faschistische Aufmärsche, für den Stopp aller Abschiebungen!

Dieser Forderungen sollten Anti-KapitalistInnen in Thüringen an die Linkspartei (wie auch an die Gewerkschaften und die Restbestände der SPD) richten. Zugleich gilt aber auch für dieses Land: Der Reformismus - ob nun mit Ramelow als Ministerpräsident, ob in der Opposition - selbst vermag keine überzeugende, tragfähige Antwort auf die aktuelle politische Krise zu geben. Die verschärfte gesellschaftliche Konfliktlage, die das Wahlergebnis auch zum Ausdruck bringt, will er umschiffen, sich ihr zu stellen vermag er nicht. Dazu bedarf es einer politischen Neuformierung, einer neuen revolutionären ArbeiterInnenpartei.

---

## **Parlamentswahlen in Israel: Oslo-Abkommen abgewählt**

*Robert Teller, Neue Internationale 241, Oktober 2019*

Die israelischen Knessetwahlen am 17. September sollten Benjamin Netanjahu mit der Mehrheit ausstatten, die er bräuchte, um Premierminister zu bleiben. Sie haben aber die Liste Kachol Lavan (Blau Weiß) des ehemaligen Generalstabschefs Benny Gantz knapp zur stärksten Kraft gemacht.



Kachol Lavan

erhielt 25,95 % der Stimmen bzw. 33 Sitze in der Knesset, dem israelischen Parlament. Netanjahus Likud (Zusammenschluss) kam auf 25,10 % (32 Sitze).

Selbst

mithilfe verbündeter Parteien verfügt keines der beiden Lager über eine Abgeordnetenmehrheit.

Gantz,

Befehlshaber der Gaza-Kriege 2012 und 2014, will mit der Person Netanjahu abrechnen und ist zu einer Koalition mit Likud nur unter der Bedingung bereit, dass Netanjahu nicht der Regierung angehört. Dieser wurde zwar erneut mit der Regierungsbildung beauftragt, aber dies ist nutzlos, solange keine Koalition unter seiner Führung möglich ist.

Wie bei der

vorigen Wahl im April wird ihr Zustandekommen wohl unter anderem an Avigdor Liebermans Bedingung scheitern, die Befreiung ultraorthodoxer Juden und Jüdinnen von der Wehrpflicht abzuschaffen. Solange keine Partei ihre Wahlversprechen bezüglich einer Regierungsbeteiligung revidiert, sind wiederholte Neuwahlen wahrscheinlich. Mit den Mehrheitsverhältnissen in der Knesset ist auch Netanjahus Ziel, durch eine Gesetzesänderung Immunität vor Strafverfolgung zu erhalten, gescheitert.

## **Keine Illusionen in Gantz**

Die Fehde

zwischen Netanjahu und Gantz kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Programme des Likud und der angeblichen Mitte-Links-Parteienliste Kachol Lavan

weitgehend deckungsgleich sind – auch hinsichtlich der israelischen Kontrolle des Jordantals, des Status Ostjerusalems, der Besatzung der Westbank und der

Ablehnung des Rückkehrrechts. Zusammen vereinigen sie 51 % der Stimmen auf sich. Weitere 19 % der Stimmen entfallen auf Parteien der religiösen Ultrarechten, 7 % auf die säkulare, völkische Partei Jisr'ael Beitenu (Unser Zuhause Israel) von Avigdor Lieberman. Die ehemals mächtige Awoda (Arbeitspartei) ist mit 5 % für ihre Liste nahe an der Bedeutungslosigkeit. 4 % erhielt die von der Meretz-Partei (Energie) angeführte Liste. Die Vereinigte Liste arabischer Parteien bildet mit 11 % der Stimmen immerhin die drittstärkste Fraktion in der Knesset. 10 ihrer 13 Abgeordneten haben allerdings ihre Unterstützung für eine Regierung unter Führung von Gantz erklärt, um einen Premier Netanjahu zu verhindern.

Die

Wahlergebnisse zeigen, wie sehr sich die politischen Verhältnisse nach rechts verschoben haben. Mehr als drei Viertel der Stimmen entfallen auf rechte bis rechtsextreme Parteien. Auch wenn der Likud seine führende Rolle in einer Regierung verlieren sollte, prägen Kernelemente seines Programms die gesamte politische Landschaft im Staat Israel.

## **Scheitern der Zweistaatenlösung**

Mit der

Ankündigung, das Jordantal zu annektieren, beerdigt Netanjahu in offenem Bruch geltender Verträge und internationalen Rechts die sogenannte Zweistaatenlösung.

Natürlich wird den PalästinenserInnen, die 85 % der Bevölkerung des seit 1967 besetzten Jordantals ausmachen, schon längst das Selbstbestimmungsrecht auch auf diesem Gebiet verwehrt. Das von Netanjahu beanspruchte Territorium besteht

weitestgehend aus C-Gebieten, die nach den Osloer Verträgen unter alleiniger israelischer Kontrolle stehen. 85 % der Fläche darf von PalästinenserInnen nicht betreten oder genutzt werden. 46 % des Jordantals ist als militärisches Sperrgebiet deklariert. Hierunter fallen auch die israelischen Siedlungen.

Faktisch steht es längst unter israelischer Souveränität. Die Annexion wäre der logische Abschluss der Besatzungspolitik seit 1967 – und ginge zugleich mit einer weiteren Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung einher.

Die

Zweistaatenlösung diente 25 Jahre lang dem Zweck, das Besatzungsregime in der Westbank als lediglich vorübergehenden Zustand zu legitimieren. Die Frage, wie ein demokratischer Staat der Hälfte seiner Bevölkerung demokratische Rechte verweigern kann, wurde mit Verweis auf den zukünftigen palästinensischen Staat beantwortet, die Rechtlosigkeit der PalästinenserInnen mit den Umständen der Besatzung gerechtfertigt. Mit der Annexion der besetzten Gebiete würde der rassistische Charakter der Staatsverfassung Israels, die einem Teil seiner Bevölkerung aufgrund seiner ethnischen Herkunft staatsbürgerliche Rechte verweigert, noch deutlicher geraten und auf ein größeres Territorium und dessen Bevölkerung ausgeweitet werden. Das Scheitern der Zweistaatenlösung und die Annexion von Teilen der Westbank wird jeden Zweifel ausräumen, dass der „demokratische Staat“ in Wirklichkeit ein rassistischer Apartheidstaat ist.

## **Annexion und Expansion**

Hinzu kommt,

dass eine erfolgreiche Annexion des Jordantals mit großer Wahrscheinlichkeit nur einen Zwischenschritt zu Einverleibung der gesamten Westbank darstellen würde. Schon heute trommelt der rechtsextreme Avigdor Lieberman für diese „Lösung“, deren logisches Ende die Vertreibung und ein (schleichender) Völkermord wären.

Die sogenannte

Zweistaatenlösung ist damit endgültig ins Reich der Träume verbannt. Mit der Annexion des Jordantals wäre nicht nur jede Hoffnung auf einen gleichberechtigten palästinensischen Staat neben Israel der Lächerlichkeit

preisgegeben. Vielmehr wäre auch die zentrale Institution des „Oslo-Systems“, die Autonomiebehörde, hinfällig, die seit 25 Jahren für die Mitverwaltung der Westbank als verlängerter Arm der Besatzung zuständig war. Die „Palestinian Authority“, die aus dem Oslo-Prozess als Insolvenzverwalterin der geläuterten PLO entstanden ist, hätte ihren Zweck erfüllt. Ihr bliebe noch als letzte Amtshandlung, den Löffel abzugeben.

Die aggressive Politik droht unter jeder Regierungskoalition. Sie würde mit einer weiteren Abriegelung und Aushungerung der Bevölkerung in Gaza einhergehen, das ökonomisch weniger lukrativ für eine direkte Annexion erscheint, ebenfalls mit weiterer Aggression gegenüber dem Libanon und Iran – zumal für jedes dieser reaktionären Vorhaben mit der Unterstützung durch die USA und stillschweigendem Einvernehmen Saudi-Arabiens gerechnet werden kann.

Insofern ist die zionistische Rechte in Israel im Begriff, die Karten in Palästina neu zu mischen. Als erstes wird dabei die Illusion des demokratischen Staates Israel über den Jordan gehen. Womöglich mit dieser auch die sorgfältig errichteten Trennlinien zwischen 1948er-PalästinenserInnen einerseits und den BewohnerInnen Gazas, Ostjerusalems und der Westbank andererseits. Die Pläne der zionistischen Rechten werden zweifellos auf den erbitterten Widerstand der PalästinenserInnen stoßen.

## **Perspektive**

Die führenden palästinensischen Vertretungen und die Fatah-geführte Regierung, die bis heute an der Illusion der Zweistaatenlösung festhalten, werden zu diesem Widerstand kaum mehr als nutzlose Appelle an die „Weltgemeinschaft“ und den israelischen

Staat, den „Friedensprozess“ fortzuführen, beitragen (Fatah: Eroberung, Sieg). Fatah-Premierminister Mohammad Shtajeh droht schon mal, alle Vereinbarungen mit Israel, denen dieses sich ohnehin nie verpflichtet gefühlt hat, auszusetzen.

Die einzige

Alternative zum rassistischen Status quo, der zionistischen Einstaatenlösung, ist ein multinationaler, sozialistischer ArbeiterInnenstaat in ganz Palästina. Dieser kann nur durch den Sturz der israelischen Bourgeoisie mit Methoden des Klassenkampfes, durch PalästinenserInnen und fortschrittliche ArbeiterInnen und Unterdrückte in Israel erreicht werden. Die entschlossene, internationale Solidarität mit dem Widerstand der PalästinenserInnen stellt ein entscheidendes Element dar. Sie ist Aufgabe und Verpflichtung aller linken, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf der Welt.

---

## **Nationalratswahlen in Österreich: ÖVP-Hoch und SPÖ-Tief fordern sozialistische Antworten**

*Michael März, Neue Internationale 241, Oktober 2019*

Die

Nationalratswahlen am 29. September haben einen haushohen Sieg für die ÖVP unter Sebastian Kurz gebracht. Die Konservativen erzielten mit 37,1 % (+5,7) den größten Vorsprung zur zweitplatzierten Partei in der Geschichte der Republik. Jene, die SPÖ, fuhr mit 21,7 % (-5,1) das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Die FPÖ wurde mit 16,1 % (-9,9) bedeutend abgestraft und sieht

sich in einer Krise. Die Grünen haben mit 14 % (+10,2) den Wiedereinzug in den Nationalrat geschafft und die größten Zugewinne erhalten. Die liberale Partei NEOS hat mit 7,8 % (+2,5) ihre Position weiter ausgebaut. Auch wenn diese Zahlen aufgrund der ausstehenden Briefwahlstimmen hochgerechnet und noch nicht das endgültige Ergebnis sind, wird sich nicht mehr viel bewegen, schon gar nichts Substantielles.

Gegenüber den letzten Nationalratswahlen zeigt das Ergebnis bedeutende Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis, das jeder fortschrittlich orientierte Mensch vor allem zuerst zwischen den Klassen sehen muss.

## **Politisches Kräfteverhältnis**

Mit Sebastian

Kurz hat die ÖVP den politischen Anliegen der Reichen und der KapitalistInnen zu einer Zustimmung verholfen, die es seit Anfang der 2000er nicht mehr in diesem Land gab. Mit seinen als „Entlastungen“ verschleierte Umverteilungen und seinem Aufspringen auf die rassistische Welle hat Kurz in den letzten zwei Jahren nicht nur die große und mittlere Bourgeoisie sowie große Teile der „Mittelschichten“, sondern selbst viele ArbeiterInnen hinter sich vereint. Von seinen Steuersenkungen sollen nicht nur die Reichen und die Konzerne profitieren, sondern auch mal diese oder jene Gruppe, beim Familienbonus vor allem gutverdienende Familien, bei der Steuerreform auch kleine und mittlere Einkommen, vor der Wahl dann die PensionistInnen usw. Vor dem Hintergrund eines kleinen Wirtschaftsaufschwungs konnte er auf diese Weise und mit kräftiger Hilfe der Medien die Ideologie verankern, dass von einer Entlastung der KapitalistInnen („Standortpolitik“) alle profitieren würden oder zumindest diejenigen, die es verdient hätten. Während er mit einer Hand geschickt umverteilt, schlägt er mit der anderen gegen wichtige Errungenschaften der

ArbeiterInnenbewegung, so die Ausweitung der Tageshöchst Arbeitszeit, die Stärkung der UnternehmerInnen in der Sozialversicherung oder (geplant, aber nicht umgesetzt) die Reform von Arbeitslosenversicherung und Notstandshilfe sowie die Schwächung der ArbeiterInnenkammer. Kurz versteht es wie kein anderer, sich hier und dort die Unterstützung aus politisch rückständigen Schichten der Bevölkerung zu generieren, um insgesamt gegen die ArbeiterInnenklasse vorzugehen.

Die enorme

Stärkung der ÖVP findet allerdings vor dem Hintergrund einer Verschiebung im reaktionären Lager statt. Die FPÖ, die in der Vergangenheit mit aggressivem Rassismus und Nationalismus von den Abstiegsängsten und der politischen Perspektivlosigkeit des KleinbürgerInnentums und vieler unbewusster ArbeiterInnen

stark profitieren konnte, hat erneut bewiesen, dass sie nicht die Partei „des kleinen Mannes“ ist, und befindet sich in einer ernsthaften Krise. Mitte Mai hatte die Süddeutsche Zeitung ein Video von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und dem damaligen Klubobmann Johann Gudenus veröffentlicht, das die beiden bei

korrupten Geschäften mit einer vermeintlichen russischen Oligarchin auf Ibiza zeigt. Was wohl für alle bürgerlichen Parteien inoffiziell zum politischen Geschäft gehört, war in der Öffentlichkeit untragbar. Hinzu kommen nun auch die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Glücksspielkonzern Novomatic und

die Spesenaffäre von H.-C. Strache in der eigenen Partei. Konnte die FPÖ bei der Europawahl Ende Mai noch um einen Prozentpunkt besser abschneiden als jetzt, waren die Skandale nun noch einmal für einige eingefleischte Freiheitliche mehr zu viel. Dadurch wechselten 258.000 WählerInnen zur ÖVP, 235.000 ehemalige FPÖ-WählerInnen blieben enttäuscht der Wahl fern.

## **SPÖ-Desaster**

Gleichzeitig hat

die Sozialdemokratie erneut ihre Unfähigkeit bewiesen, die arbeitende Bevölkerung und die Jugend für ihre politischen Anliegen zu mobilisieren. Dieses Versagen wirkt in diesen Wahlen doppelt schwer, denn nicht nur die freiheitlichen Skandale, sondern auch jene um die Parteispenden der ÖVP (maßgeblich finanziert von der Milliardärin Heidi Goess-Horten sowie den Kapitalisten Klaus Ortner und Stefan Pierer) haben aufgezeigt, wie diese beiden Parteien mit dem Kapital verbunden sind. Demgegenüber wäre es verhältnismäßig leicht gewesen, die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnen in Abgrenzung zu ÖVP und FPÖ darzulegen und deren Interessenvertretung für die Sozialdemokratie zu reklamieren.

Dazu gehört auch die Einbeziehung jener 1,2 Millionen in Österreich lebenden Menschen, die aufgrund des schweren Zugangs zur StaatsbürgerInnenschaft kein Wahlrecht besitzen und in ihrer Mehrheit einen sozial unterdrückten und politisch entmündigten Teil der ArbeiterInnenklasse stellen. Doch der SPÖ-Führungsclique fehlt schon längst mehr als die nötige Glaubwürdigkeit. Dort, wo sie links blinkt (Beispiel Vermögenssteuern), bietet sie keine Perspektive, wie ihre Forderungen erkämpft werden könnten, denn in der traditionellen Großen Koalition hat eine Politik im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung keinen Platz und eine Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse zählt längst nicht mehr zu den Strategien der Sozialdemokratie. Stattdessen setzten die sozialdemokratischen FunktionärInnen auf eine Kampagne, die das „Gemeinsame“ und die „Menschlichkeit“ beschwört. Das reflektiert den Wunsch der Parteibürokratie, sich mit den KapitalistInnen auszusöhnen und sich wieder im Staatsapparat und der Verwaltung bereichern zu können. Weil sich die Parteivorsitzende Rendi-Wagner auch keine andere Politik als den Appell zum sozialen Miteinander vorstellen kann, verkündet sie auch noch nach der Wahl, dass „die Richtung stimmt“. So setzt sich der Niedergang der SPÖ fort.

Die großen GewinnerInnen bei diesen Wahlen sind neben Sebastian Kurz die Grünen.



Angesichts der großen internationalen Mobilisierungen von Fridays for Future ist in der Bevölkerung die Nachricht angekommen, dass es längst an der Zeit ist für ernsthafte Maßnahmen gegen den Klimawandel. Der Klimaschutz war eines der wichtigsten Themen im Wahlkampf. Er hat selbst den Dauerbrenner Zuwanderung in den Schatten gestellt, sodass sich so gut wie alle Parteien zu einer ernsthafteren Umweltpolitik bekennen mussten. Auch gab es viele traditionelle Grün-WählerInnen, die bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch oder Pilz gewählt hatten und nun den Rauswurf der Grünen aus dem Nationalrat umkehren wollten. Bei den unter 30-Jährigen teilen sich die Grünen prozentual die Spitze mit der ÖVP. Bei der Jugend, die besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein wird, stehen sie wohl sogar an erster Stelle. Nachdem die Grünen seit Jahrzehnten schon die Notwendigkeit des Umweltschutzes betonen, genießen sie beim Klima natürlich das größte Vertrauen. Letztlich handelt es sich bei den Grünen aber um eine (klein-)bürgerliche Partei, die glaubt, sie könne die Rettung des Planeten mit den ausbeuterischen Gesetzen des Kapitalismus versöhnen, und deshalb zwischen der Verteidigung der Eigentumsverhältnisse und der Beschränkung der Verfügungsgewalt des Kapitals hin- und hergerissen ist.

## **Krise von Schwarz-Blau**

Sebastian Kurz

sieht sich nun trotz der Zugewinne in einer schwierigen Situation. Er selbst würde wohl am liebsten sein schwarz-blaues Projekt fortsetzen, doch die freiheitliche Spitze positioniert sich vorerst eindeutig gegen eine Regierungsbeteiligung. Letztlich ist es auch fraglich, ob eine stabile Koalition mit der FPÖ zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt möglich wäre. Das Szenario einer Parteispaltung ist zwar nicht wahrscheinlich (insbesondere nach

dem angekündigten Rückzug Straches aus der Politik), aber keineswegs ausgeschlossen, besonders wenn bei einer erneuten Regierungsbeteiligung die Umfragewerte nicht stimmen. Eine Koalition mit der Sozialdemokratie wäre für Kurz wohl die unattraktivste Option. Immerhin hat er selbst die letzte rot-schwarze Regierung gesprengt und der SPÖ mit seiner schwarz-blauen Politik sozusagen den Krieg erklärt. Auch die Sozialdemokratie wird sich schwertun, nun auch noch in der eigenen Parteikrise dem Erzfeind Kurz-ÖVP die Mehrheit zu beschaffen. In ihrer „staatstragenden“ Rolle würde sie aber vermutlich ähnlich wie die SPD als letzter Ausweg trotzdem für eine Koalition bereitstehen. Eine Koalition mit den Grünen erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt am wahrscheinlichsten zu sein, wenngleich diese schon angekündigt haben, sich am teuersten zu verkaufen. Tatsächlich kann Kurz auch mit den Grünen nicht an einer rechtskonservativen Politik festhalten und müsste zumindest eine gehörige Kosmetik in der Umweltpolitik und eventuell auch anderen Bereichen bieten. Man muss sich also darauf einstellen, dass sich die Gespräche zwischen den Parteien und die Koalitionsverhandlungen selbst über einen längeren Zeitraum ziehen und ob dann wirklich die Grünen oder doch noch die Blauen oder am Ende sogar die Roten zum Handkuss kommen, das ist vom jetzigen Standpunkt kaum abzusehen.

## **Herausforderungen**

Für linke und fortschrittliche Menschen und für BefürworterInnen der ArbeiterInnenbewegung gilt es nun, die Konsequenzen aus diesem Wahlkampf zu ziehen. Die Zugewinne für ÖVP und Grüne (sowie auch für NEOS) sowie die Verluste für die SPÖ deuten eine weitere Stärkung bürgerlicher Ideologien und Illusionen in der Bevölkerung an. Die Sozialdemokratie selbst betreibt bürgerliche Politik auf Grundlage der reformistischen Ideologie einer Versöhnung von Arbeit und Kapital. Sie ist damit Teil des Problems und nicht der Lösung. Die ArbeiterInnenklasse braucht ihre eigene Partei für eine unabhängige proletarische und internationalistische Politik - die Sozialdemokratie ist diese Partei schon lange nicht mehr! Für die linken

und klassenbewussten Teile der Sozialdemokratie ist das aktuelle politische Desaster die Vorwarnung, mit der Partei unterzugehen, sollten sie einen Bruch mit der verbürgerlichten Politik der SPÖ weiterhin scheuen. Die kommenden Wochen und Monate werden dazu Gelegenheit bieten, wenn sich die SPÖ für eine Große Koalition öffnet. Dann muss es heißen „Nein zu jeder Koalition mit kapitalistischen Parteien! Für eine eigenständige sozialistische Politik!“

Die Kandidaturen

von KPÖ und Wandel boten wieder einmal keinen Ausweg. Das liegt nicht nur an der schwierigen Ausgangslage für Kleinparteien. Es ist auch ein Ausdruck dessen, dass der etwas linkere Reformismus oder Populismus als alternative Perspektive kaum überzeugt. Nur eine Politik des internationalistischen Klassenkampfes kann einen tatsächlichen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzeigen. Dass eine solche Politik derzeit am politischen Horizont nicht absehbar ist, sondern die ÖVP ihren politischen Höhenflug feiert, sollte nicht entmutigen. Wer schnell aufsteigt, kann auch schnell wieder fallen. Gerade diese Wahlen haben bewiesen, wie schnell die politischen Verhältnisse kippen können, wenn das politische Bewusstsein erschüttert wird. Erschütterungen wird der Kapitalismus noch mehrere hervorrufen, besonders in Zeiten der sich anbahnenden Rezession und der Zuspitzung zwischen den imperialistischen Großmächten.

---

## **Landtagswahlen: Blaue Augen für die Ministerpräsidenten - Katastrophe für die Linkspartei**

*Tobi Hansen, Neue Internationale 240, September 2019*

Seit Wochen werden die

Wahlen in Brandenburg, Sachsen und am 27. Oktober in Thüringen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob die AfD stärkste Kraft werden kann. In Sachsen und Brandenburg kann das nun beantwortet werden. Die AfD schaffte Platz

1 nicht, wurde aber dort mit großem Abstand jeweils zweitstärkste Partei.

Die sächsische CDU und

die Brandenburger SPD feiern, dass sie trotz enormer Verluste stärkste Kraft geblieben sind und ohne sie keine Landesregierung gebildet werden kann. Das soll „die Demokratie“ retten, für „stabile“ Verhältnisse sorgen und den Anschein vermitteln, dass trotz enormer Wahlerfolge der AfD alles beim „Alten“ bleiben kann.

Bundespolitisch

verschafft dies der Großen Koalition zumindest den Spielraum, dass die Regierung bis zum Dezember hält. Die CDU kann die Nachfolge von Merkel vorbereiten. Die SPD-Regierungsbeteiligung hält bis zum Dezember, wo auf einem

Bundesparteitag „planmäßig“ neue Vorsitzende und Vorstand gewählt werden und

eine „Bilanz“ der Großen Koalition gezogen wird.

## **Das Ergebnis**

Laut vorläufiger

amtlicher Hochrechnung haben die Parteien in Sachsen folgendermaßen abgeschnitten: CDU 32,1 %

(-7,3), AfD 27,5 % (+ 17,8), Linkspartei 10,4 % (-8,5), Grüne 8,6 % (+2,9), SPD 7,7 % (-4,7), FDP 4,8 % (+1). Damit ist eine

Zweierkoalition abgeschlossen. Die sog. Kenia-Koalition (CDU, Grüne, SPD) erscheint als wahrscheinlichste Regierungsvariante.

In Brandenburg ergibt

sich folgendes Bild:

SPD 26,2 % (-5,7), AfD 23,5 (+11,3), CDU 15,6 % (-7,4),

Linkspartei 10,7 % (-7,9), Grüne 10,8 % (+4,6), BVB/FW (Brandenburger

Vereinigte Bürgerbewegung/Freie Wähler) 5,0 % (+2,3). Die FDP scheitert mit 4,1 %

am Einzug in den Landtag.

Hier wird die SPD zu

einer Dreierkoalition gezwungen sein. Als Alternativen stehen Rot-Rot-Grün oder „Kenia“ (mit CDU und Grünen)

zur Auswahl. Die Brandenburger CDU schloss zuvor selbst Koalitionen mit der Linkspartei

nicht aus (Novum!), also wird die SPD es sich aussuchen können.

## **AfD jubelt**

Auch die Verfahrensfehler

bei der Listenaufstellung, die zur Beschränkung auf max. 30 Sitze über

Zweitstimmenanteil führten, vermochten die Partei angesichts von 15

Direktmandaten nicht zu schwächen. Die AfD hat ihr Ergebnis gegenüber den

letzten Landtagswahlen verdreifacht und nunmehr bei drei aufeinanderfolgenden

Wahlen (inkl. Bundestageswahl und Europawahl) über 25 % eingefahren.

Wie auch Spitzenkandidat

Kalbitz in Brandenburg gehört Urban zum nationalistischen „Flügel“ innerhalb

der AfD. Dieser wurde somit nun auch bundesweit weiter gestärkt.

Dass die tiefere

Verstrickung des Brandenburger Spitzenkandidaten Kalbitz in das faschistische Milieu das Wahlergebnis ebenfalls nicht geschmälert hat, lässt auch in der

Bundespartei einige Auseinandersetzungen erwarten, insgesamt wohl aber eine weitere Entwicklung nach rechts, insbesondere falls, was zu befürchten ist, die Thüringer AfD unter Höcke im Oktober auch noch einen Wahlerfolg einfahren sollte.

Zwei Entwicklungen der AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte damit eindeutig in klassische CDU- und FDP-WählerInnenenschaft eindringen. Vor allem bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit Abstand die meisten Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den „ArbeiterInnen“ - in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den Angestellten mit 26 % deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in lohnabhängige Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal durch die besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser Region einige Direktmandate erobert.

Vor allem Angst vor Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt alle Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große Mobilisierung zur Wahl.

Dabei bilden Rassismus und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der eigentlich gegensätzliche soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste Vertretung „ostdeutscher Interessen“ erscheinen lässt.

Mögen auch viele Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt haben, so hat sich dieser verfestigt und die „ProtestwählerInnen“ lassen sich von Rassismus, Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht abschrecken.

Das Zusammenwirken der kleinbürgerlichen Schichten mit weiteren rassistischen bis hin zu faschistischen Organisationen der „extremen Rechten“ wie NPD, Der III. Weg, Identitäre Bewegung, „Pro Chemnitz“, einer äußerst militanten „Hooligans gegen Salafisten/HOGESA“-Verankerung in diesen Bundesländern, einer „NS-Musikszene“ usw. zeigt die extrem gute lokale Aufstellung, die sich die AfD zunutze machen kann. Dadurch kann sie sich gemeinsam mit anderen rechten lokalen Kräften und MandatsträgerInnen als die Kraft des Volkes vor Ort darstellen.

Die AfD baut sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft mit Massenanhang im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die perspektivisch auch immer größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine „verlässliche“ Machtalternative bieten will - von BürgermeisterInnen in den Kommunen bis hin zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B. mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher bringt diese Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum Ausdruck. Die Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen Restauration der DDR die nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals anschicken, die Wende zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der Niederlagen der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens von SPD und Linkspartei.

Kandidat Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste, begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen. Bevor „andere“ - gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete - Geld bekommen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat

freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze. Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände, die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die AfD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis auf die Knochen ist, dass sie die öffentlichen Rentenkassen an Fonds verscherbeln will, spielt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen kann die AfD einfach darauf setzen, dass sie die "Systemparteien" - also allen anderen - ungestraft einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal die Wahrheit sagen sollten.

## **Die „Mitte“**

Die Ergebnisse von CDU und SPD und auch der Grünen blieben einigermaßen im Rahmen des Erwarteten. Die Parteien der Großen Koalition sind mit einem blauen Auge davongekommen und können weiter regieren. Sie rechnen „Erfolge“ - Verteidigung der Ministerpräsidentenposten - gegen Misserfolge (Verluste an Stimmen) auf.

Die gesamte Mobilisierungskraft der kleinbürgerlichen wie lohnabhängigen Mittelschichten drückt sich auch im Erfolg der Grünen, partiell auch der FDP und der BVB/FW aus. Letzte haben sich vor allem auf Kosten der CDU behauptet. Die Grünen wiederum haben unter der Jugend allgemein stark gewonnen (20 % der 18-24-Jährigen in Sachsen, 27 % in Brandenburg). So konnten sie ihr historisch bestes Ergebnis in den Bundesländern holen, auch wenn sie hinter den Umfragen noch



deutlich zurückblieben.

Somit können die Grünen einmal eine SPD-geführte Regierung „retten“, das andere Mal die CDU. Das zeigt auch ihre flexiblen Verwendungsmöglichkeiten für diesen bürgerlichen Parlamentarismus als Zünglein an der Waage, gewissermaßen als „Ersatz“-FDP.

## **Klare Verliererin - die Linkspartei**

Dass der allgemeine gesellschaftliche Rechtsruck der Linkspartei nicht einfach den Rücken stärkt, stimmt sicher. Ebenso sorgen Regierungsbeteiligungen selten bis nie für gute Wahlergebnisse. Doch die Ergebnisse vom 1. September können in beiden Bundesländern nur als katastrophal bezeichnet werden. Bei gesteigener Wahlbeteiligung halbierte sie sich in beiden Bundesländern. Dabei sind die extremen Verluste in Brandenburg von 7,9 % angesichts der Politik der Landesregierung noch einigermaßen nachvollziehbar. In Sachsen fielen sie jedoch in der Opposition mit 8,5 % noch desaströser aus. Verloren hat die Linkspartei vor allem an SPD, AfD und Grüne in Brandenburg, in Sachsen an alle (vor allem CDU und AfD mit 24.000 bzw. 26.000 Stimmen). Hinzu kommt, dass die Linkspartei trotz der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung kaum an Stimmen zulegen konnte.

Während die Partei bis zuletzt ihre Politik in Brandenburg schönredete, träumte der sächsische Spitzenkandidat Gebhardt vor wenigen Tagen noch von Rot-Rot-Grün. Jetzt vereint diese Möchtegern-Koalition in Sachsen ungefähr genau soviel Stimmen auf sich wie die AfD.

Am Wahlabend zeigte sich das Spitzenpersonal der Linken „betroffen“. Niederlagen in Bundesländern, in denen die Partei stets um die Spitzenplätze konkurrierte, können auch zu Zäsuren werden. In Brandenburg schaffte die Linkspartei nach einer verhunzten „Regionalreform“, meist nur noch mit Postengeschacher und Skandalchen von sich reden zu machen. Ansonsten blieb sie treue Vollstreckerin von Woidke und setzte z. B. ein neues Polizeigesetz mit durch. In Sachsen versuchte Rico Gebhardt, sich und die Linkspartei als Verteidigerin von Humanismus und Liberalismus neu zu erfinden.

Weder konnte die äußerst regierungserprobte Brandenburger Linkspartei die Renten angleichen noch Hartz IV aus der Welt schaffen, geschweige denn dafür sorgen, dass sich militante faschistische Kreise und Netzwerke nicht weiter ausbreiten. Ähnlich den weiteren ostdeutschen Landesverbänden wurde brav mitregiert, kommunal auch mal mit der CDU Übereinkunft erzielt. Die Linkspartei ist Verwalterin der kapitalistischen Restauration geworden. Und sie wurde auch Opfer der eigenen und ständig verbreiteten Illusionen in die reformistische Politik des Mitregierens. Wer andauernd behauptet, dass die Politik einer „Reformregierung“ im Brandenburger Landtag die Verhältnisse wirklich verbessern und so zu einem „Modell“ der sozialen Transformation werden könne, der braucht sich nicht zu wundern, dass die WählerInnen irgendwann einmal den reformistischen Versprechen nicht mehr Glauben schenken wollen.

Dementsprechend sinken auch die Hoffnungen der WählerInnenschaft, dass diese Partei soziale Sicherheit und vielleicht sogar Verbesserungen des Lebensstandards durchsetzen könnte – die Realität programmiert die Wahlniederlage.

Beim Bundesparteitag 2020 wird ein neuer Vorstand gewählt. Objektiv könnten diese Niederlagen dem

Wagenknecht-Lager eher helfen und dem aktuellen Vorstand schaden. Sicherlich wird die Linkspartei nun alles auf Ministerpräsident Ramelow in Thüringen setzen.

Die Linkspartei hat längst aufgehört, als quasi-automatischer Bezugspunkt für Sorgen um sozialen Abstieg, Arbeitsplätze, Ungerechtigkeit für die ostdeutsche Bevölkerung zu fungieren. Die Politik der Partei war dabei in den Jahren nach der Wende sicherlich auch nicht so viel besser, wie heute ein verklärender Blick in die Vergangenheit suggerieren möchte – aber die Partei verfügte damals (noch als PDS) über stärkere Basis- und Vorfeldstrukturen, was ihr Image als „Kümmerpartei“ begründete.

Während diese gesellschaftliche Verankerung in großen Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung schwächer wurde, konnte sie weder unter der Jugend noch unter der betrieblichen ArbeiterInnenklasse eine ähnliche Basis aufbauen. Klimapolitik blieb ihr gerade in Brandenburg fremd, wo sie um die Braunkohle einen Eiertanz aufführt. Der geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad in Sachsen wie Brandenburg bedeutet auch, dass es der AfD leichter fiel, in die ArbeiterInnenklasse einzubrechen, was sich auch in den Stimmengewinnen der Rechten in Regionen mit sinkender Bevölkerung zeigt. Aber auch die Tatsache, dass sich die Linkspartei selbst nie um eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung bemühte, dass sie mehr auf die Gewinnung von (linken) BürokratInnen und FunktionärInnen setzte, drückt sich jetzt in ihren schlechten Ergebnissen aus.

Angesichts dieser Katastrophe fallen die ersten Erklärungen des Spitzenpersonals der Linkspartei geradezu lächerlich aus, weil sie in rein konjunkturellen Fragen (Ministerpräsidentenbonus) die Ursache für das Desaster suchen, nicht in der parlamentsfixierten lahmen „Reformpolitik“ der Partei selbst.

# Was tun?

In Brandenburg wäre es wichtig, dass gegen eine erneute Regierungsbeteiligung mobilisiert wird. Eine Fortsetzung der Beteiligung an Rot-Rot-Grün bringt der ArbeiterInnenklasse nichts, für die Linkspartei wäre der weitere Niedergang vorprogrammiert - und die AfD würde sich dabei als „die Opposition“ weiter profilieren.

Unsere kritische Wahlunterstützung für die Linkspartei galt vor allem den WählerInnen und AktivistInnen der sozialen, der klimapolitischen Bewegung, den GewerkschafterInnen, wie auch der lokalen „Antifa“, damit sie sich gegen den Rechtsruck organisieren. Dazu kann die Linkspartei ein „Mittel“ sein und dies sollte auch bei Wahlen ausgedrückt werden.

Rund um die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wie auch der sozialen Bewegungen, der „Linken“ allgemein muss der gemeinsame Kampf gegen die Regierungen wie gegen die AfD jetzt im Vordergrund stehen. Eine Linkspartei an der Regierung ist dabei keine Hilfe, im Gegenteil.

Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg werden die AfD wie auch das faschistische Umfeld weiter versuchen, die „Linke“ einzuschüchtern, „No-Go-Areas“ wie auch „national befreite Zonen“ auszubauen. Darauf brauchen wir eine Antwort, müssen gemeinsam mit den Geflüchteten und MigrantInnen unsere Wohngebiete gegen die AfD und Fascho-Pest verteidigen.

Während die Aufspaltung des bürgerlichen Lagers voranschreitet, verlieren auch die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien. In Ostdeutschland polarisiert die AfD diese Entwicklung sowohl in kleinbürgerlichen Schichten wie auch in Teilen der ArbeiterInnenklasse und rückt dem „Sieg“ bei einer Wahl immer näher.

Die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien SPD und Linkspartei vertiefen ihre strategische Krise, die bei der SPD ein munteres Führungsquiz eröffnet hat. Beide starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die Schlange, indem sie sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen klammern. Statt auf Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD, sondern auch weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen „DemokratInnen“.

In Zeiten kommender Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger Restrukturierungen im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer Prekarisierung der sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen Gesamtkrise bedeutet diese Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz mit den „demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der AfD-Demagogie in die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen Leute“ vertrete. Die Lehre kann nur lauten: Schluss mit diese Politik!

Der Kampf gegen Rechts darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt bleiben. Eine Linke, eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende Lohnabhängige von den rechten DemagogInnen wieder gewinnen will, muss den Kampf gegen die soziale Misere, die realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht es einen Kampf gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende Entlassungen, für ein öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von Bildung, Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der Lohnabhängigen,

kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch die Besteuerung der Reichen - um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es braucht den gemeinsamen Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller ArbeiterInnenorganisationen.

Angesicht der drohenden

Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, brauchen wir Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen Rechtsruck, AfD, militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden und drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf Arbeitsplätze und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.